

BLICKPUNKT BUNDESTAG

www.blickpunkt-bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

April 3/2006
2,00 Euro
ISSN 14359146
G 10624

Enquete-Kommission Kultur in Deutschland

Impulse für die Kulturnation

Im Heft: Jugendmagazin GLASKLAR 03
Arbeiten im Deutschen Bundestag





Wir sind hier.

Eine gute Krankenversicherung ist da, wenn man sie braucht. Deshalb erhält jeder BKK Versicherte eine umfassende medizinische Versorgung, um schnell wieder auf den Beinen zu sein. Was können wir für Sie tun? www.bkk.de



INHALT

Begegnungen

2 Interessenvertreter

Titel

4 Impulse für die Kulturnation
Enquete-Kommission Kultur in Deutschland

9 „Praxis und Theorie verbinden“
Interview: Prof. Thomas Sternberg,
Sachverständiger

Inkognito

10 Schuhkauf vor der ersten Sitzung

Hintergrund

11 „Hammelsprung“ auf Singhalesisch
Sprachliche Dienste im Bundestag

Tagesläufe

14 Gewählt wird man zu Hause
Karin Evers-Meyer, SPD

Menschen

19 Ein Bild von einer Bundestagsitzung
Petra Pietsch und Matthias Ebert
vom Parlamentsfernsehen

Details

22 Häuser und Räume IV: Die Bibliothek

Debatte

24 Balanceakt für die gesetzliche Rente
Forum: Rente und Demografie

30 Was sind uns unsere Werte wert?
Streitgespräch: Leitkultur

Essay

33 20 Jahre nach Tschernobyl
von Lothar Hahn

Panorama

34 Drei Fragen an Abgeordnete
Peter Hettlich, Bündnis 90/Die Grünen

34 Buchtipp
Wolfgang Börsen, CDU/CSU

35 Das Parlament in Kinderhand
Report: Kindertag im Bundestag

36 Wollen Sie das Huftisen abschaffen,
Frau Tackmann?
Experten: Kirsten Tackmann, Die Linke.

Dieser Ausgabe von BLICKPUNKT BUNDESTAG
liegt das Jugendmagazin GLASKLAR bei:

GLASKLAR 03 – Arbeiten im Deutschen Bundestag

Titelfoto: Cellospiel an der Universität der Künste, Berlin.
(mit freundlicher Unterstützung der UdK Berlin)

EDITORIAL



Stefan Thomas.

Liebe Leserin, lieber Leser,

immer habe ich es gehofft, nie jedoch gewusst – ob das **Editorial** überhaupt gelesen wird. Aber in der letzten Ausgabe muss ich unsere Leserinnen und Leser wohl provoziert haben, denn noch nie sind so viele Zuschriften in der Rätselredaktion eingegangen. Das „Jetzt-erst-recht“-Gen muss wohl stimuliert worden sein, als ich meinte, dass die Lösung wohl nicht so einfach sein würde. Diesmal haben wir es etwas leichter gemacht. Diese Feststellung wird aber hoffentlich den Zustrom der – sicherlich richtigen – Antworten nicht abreißen lassen, sondern Sie zusätzlich beflügeln, denn die **Preise** oder besser die **Reisen** sind die Mühe wert.

Ein Versprechen schon jetzt: In Ausgabe **4/06** wird es wieder schwerer!

Haben Sie sich beim Blick auf das Titelbild gewundert? Auch kulturelles Schaffen ist in unserem Land ein wichtiges Anliegen des Parlaments und dies macht der Deutsche Bundestag neben einem Ausschuss für Kultur und Medien mit der Einsetzung der Enquete-Kommission **Kultur in Deutschland** deutlich. BLICKPUNKT BUNDESTAG hat einige Schwerpunkte der künftigen Arbeit hinterfragt.

Ein frohes Osterfest wünscht



SPORTSGEIST

bewiesen die kickenden Abgeordneten des Bundestages unter den Augen von Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner und dem Vorsitzenden der Sportgemeinschaft des Deutschen Bundestages, Peter Rauen, CDU/CSU, die sich beim Mannschaftsfoto zum Team gesellt haben. Beim 3. Benefizturnier kickten 16 Mannschaften zu Gunsten der Agapedia-Stiftung von Jürgen Klinsmann für Not leidende Kinder. Nach Abpfiff konnte ein Scheck über 48.000 Euro überreicht werden. Das Kanzleramt, Hertha BSC Berlin sowie die FIFA-Partner der WM 2006 waren mit Mannschaften vertreten.



Begegnungen im Parlamentsviertel

INTERESSENVERTRETER

Lobby und Parlament

Auf jeden der 614 Abgeordneten des Bundestages kommen in Berlin rein rechnerisch drei Interessenverbände. Rund 4.500 Lobbyisten bemühen sich bei den Politikern um Gehör. Bei der Vorstellung des Buchs „Die fünfte Gewalt“ im Reichstagsgebäude sagt Bundestagspräsident **Norbert Lammert**, das Wirken der Verbände müsse aufmerksam beobachtet werden, damit die nötige Transparenz gewährleistet sei. Auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, **Hans-Jürgen Papier**, nimmt an der Präsentation der Bundeszentrale für politische Bildung teil. Er sieht zwar im Wirken der Lobbyisten durchaus gewisse Gefährdungen für die parlamentarische Demokratie. Dennoch besteht nach seinen Worten kein Anlass für deren pauschale Verteufelung. Denn das Geltendmachen individueller und partikularer, auch egoistischer Interessen gehöre nun mal zu unserer parlamentarischen Demokratie.

www.bpb.de

2 Begegnungen

Weine und Winzer

Während sich die zahlreich zur Buchvorstellung erschienenen Lobbyisten von außen um Einflussnahme bemühen, hat sich im Bundestag selbst eine ganz andere Art von Interessenvertretung gebildet: das „Parlamentarische Weinforum“, eine Art interfraktionelle Lobby zur Unterstützung des deutschen Weinbaus. Die Initiatorin, die aus dem rheinland-pfälzischen Weinbaugebiet stammende Abgeordnete **Julia Klöckner**, erzählt, wie es zur Gründung des Forums kam. Da sei vor dreieinhalb Jahren beim Empfang des Bundestagspräsidenten nach der konstituierenden Sitzung ein italienisches Produkt, Prosecco, geschenkt worden. Das habe einige Parlamentarier aus den damals vier Fraktionen auf die Idee gebracht, gemeinsam etwas für den deutschen Wein zu tun.

Inzwischen ist eine Fraktion im Bundestag hinzugekommen. Julia Klöckner begrüßt als neues Vorstandsmitglied **Gesine Löttsch** von der Fraktion Die Linke. Sie

habe sich (als Fraktionslose in der vergangenen Wahlperiode) „durch rege Teilnahme“ qualifiziert. Die Neue im Führungszirkel macht gleich deutlich, dass auch sie aus einer – wenn auch nicht ganz so bedeutenden – Weinbauregion stammt. Nämlich aus Berlin, das über einen eigenen Weinberg verfügt. Erstmals zu Gast ist die Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Bärbel Höhn**, die dem Bundestag erst seit der letzten Wahl angehört. Sie verspricht, „auf jeden Fall“ wiederzukommen.

In der Parlamentarischen Gesellschaft, dem früheren Reichstagspräsidentenpalais, werden zum Weinforum Weine von Rhein und Ahr sowie ein edler Traubenkirschenbrand verkostet. Die Teilnehmer lernen den Unterschied zwischen „Geist“ und „Brand“, und es fallen auch einige kritische Bemerkungen über die Konkurrenz aus Übersee. So werden in den USA auch mal Beutel mit Holzspänen in den Wein gehängt, um ihm den charakteristischen Barrique-Geschmack zu verleihen – der normalerweise durch den Ausbau im Holzfass erreicht wird.

www.parlamentarisches-weinforum.de

Rheingau-Riesling.



Treffpunkte und Netzwerke

Eine weitere Spielart von Interessenvertretung stellen die Zusammenschlüsse von Politikern dar, die durch gemeinsames Agieren in ihrer eigenen Partei mehr Durchschlagskraft erreichen wollen. Zum Beispiel die Mitglieder des „Netzwerks“. Der Geschäftsführer dieses Zusammenschlusses jüngerer SPD-Politiker, **Jürgen Neumeyer**, bietet den Abgeordneten – natürlich aller Fraktionen – einen neuen Treffpunkt in Berlin an, den „Wahlkreis“. Die Gaststätte bietet den passenden Rahmen für die Vorstellung des „Arbeitshandbuchs Bundestag 2006“. Der frühere Sprecher des Berliner Senats, **Helmut Lölhöfel**, würdigt das 416-Seiten-Werk, das rund ums Parlament eine Fülle von Angaben über Ausschussmitgliedschaften, Partei- und Fraktionsfunktionen, Mitarbeiternamen und jede Menge Telefonnummern bietet. „Und die stimmen auch“, befindet Lölhöfel nach kurzen Stichproben.

www.arbeitshandbuch.de

Länder und Forscher

Auch die Landesvertretungen nehmen in Berlin Interessen wahr, nicht nur im Bundesrat bei der Gesetzgebung, sondern auch durch die vielfältigen Veranstaltungen, mit denen sie in Berlin für ihr Bundesland werben. So präsentiert die Vertretung Schleswig-Holsteins das Land dieses Mal nicht als Tourismusziel mit weißroten Leuchttürmen und wolligen Schafen auf



Forschungsschiff „Sonne“.

Deichkronen, sondern als modernen Wirtschafts- und Forschungsstandort. Die erste einer Reihe von Veranstaltungen ist dem Thema „Zukunft Meer“ gewidmet. Ministerpräsident **Peter Harry Carstensen** ist einer der interessantesten Besucher. Er zwingt sich in das ausnahmsweise auf dem Trockenen stehende Forschungstauchboot „Jago“. Er probiert eine aus Algen gemachte Hautcreme aus. Er nimmt, geschützt durch feuerfeste blaue Handschuhe, ein Gefäß mit brennendem Gashydrat entgegen, das aus dem Meer gewonnen wurde. Schließlich unterhält er sich über Funk mit Professor **Ernst Flüh**, der gerade auf dem Forschungsschiff „Sonne“ bei Sumatra Erkenntnisse zur Tsunami-Vorhersage sammelt. „Ich wäre ja auch gern bei Ihnen in Berlin“, meint der Wissenschaftler. „Aber einer muss ja die Forschung machen.“

Klaus Lantermann

VERANSTALTUNGSTIPP:

STRAWALDE – Gemälde, Filme, Videos

Ausstellung im Kunst-Raum des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses

Jürgen Böttcher, der sich als Maler **STRAWALDE** nennt, ist auch als Regisseur und Dokumentarfilmer anerkannt. Auf der diesjährigen Berlinale wurde er mit der Berlinale Kamera ausgezeichnet. Der Deutsche Bundestag zeigt Exponate des vielseitigen Künstlers, der in der Oberlausitz aufwuchs und an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden studierte. Der Kunst-Raum ist von der Spreeufer-Promenade aus zugänglich.

Die Ausstellung ist bis zum 14. Mai von Dienstag bis Sonntag jeweils von 11 bis 17 Uhr geöffnet, auch an Ostern (außer Karfreitag).



TERMINE

IM PARLAMENTSVIERTEL

25. März bis 14. Mai

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 140/Stresemannstraße 28
Tschernobyl – Eine Katastrophe und ihre Auswirkungen
Sechs internationale Fotografen zeigen Momente aus der Wirklichkeit vor Ort. Der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. präsentiert seine 100. Ausstellung. Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr
Personalausweis erforderlich

7. April bis 4. Mai

Landesvertretung Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
Das erste Jahr des deutschen Holocaust-Mahnmals
Fotoausstellung
täglich (auch Sa. und So.) von 10 bis 20 Uhr

7. April bis 5. Mai

Landesvertretung Brandenburg
In den Ministergärten 1
Werner Stötzer – Umfangreiche Skulpturen-ausstellung
Ausstellung Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr
Eintritt frei

13. April, 18 Uhr

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
Der kleine Prinz
Filmreihe „Kino der Wünsche“
Eintritt: 4 €, ermäßigt 2 €

24. April, 20 bis 22 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung
Prenzlauer Allee 6
Frauenleben in Frankreich und Italien im Vergleich
Veranstaltungsreihe **Frauen grenzenlos?! Frauenleben in der EU.**
Referentin: **Elena del Giergio**, Politologin, Florenz/Berlin
Keine Anmeldung erforderlich

25. April, 20 Uhr

Cinéclub in der Französischen Botschaft
Wilhelmstraße 69
Liberté-Oléron von Bruno Podalydès, 2000
OV ohne Untertitel
Tel.: 0 30-5 90 03 92 14
Eintritt 4 €, Abendkasse
Ausweis erforderlich

29. April, ab 19 Uhr

Akademie der Künste, in allen Räumen
Pariser Platz
Lange Brecht Nacht
mit Texten, Liedern, Kompositionen, Bildern, Filmen, Tonaufnahmen, Ausstellungsobjekten des Jahrhundertdichters – Auftakt des Brecht-Jahres, Eintritt 10 €, ermäßigt 7 €

Enquete-Kommission Kultur in Deutschland

Impulse für die Kulturnation

„Kultur ist schön, macht aber viel Arbeit.“ Auf den Spuren dieser Erkenntnis des legendären Komikers Karl Valentin wandeln im Bundestag elf Abgeordnete, ihre Vertreter und elf Sachverständige. Sie bilden die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, die sich im Februar für die laufende Wahlperiode konstituiert hat. Ihr Wirken bedeutet viel Arbeit, extrem viel Arbeit. Sie leisten Pionierarbeit mit einer umfassenden Bestandsaufnahme über die Situation der Kultur in der Kulturnation. Und sie wollen mit Berichten, Bewertungen und Empfehlungen den Stellenwert der Kultur und die Möglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler ausbauen helfen. Je tiefer sich die Enquete in die Materie einarbeitet, desto spannender werden die Ergebnisse.



Seit der 1969er Parlamentsreform kann der Bundestag Enquete-Kommissionen einsetzen. Sie sollen „zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“ dienen. An der Arbeit wirkt neben den Abgeordneten eine gleiche Zahl externer Sachverständiger als gleichberechtigte Mitglieder mit. Die Aufgabe von Enquete-Kommissionen ist es, tiefere Einsichten über grundsätzliche gesellschaftliche Fragen zu gewinnen. Solche intensiven Blicke über den Tellerrand der Tagespolitik gab es unter anderem schon zur Demografie, zur modernen Medizin, zur SED-Diktatur und zur Kernenergie – alles Themen, die schon auf den ersten Blick den Bundesgesetzgeber berühren. Aber warum Kultur? Verbindet man das nicht automatisch mit der „Kulturhoheit der Länder“? Stößt der Bundestag damit nicht auf Schritt und Tritt an die Grenzen seiner Zuständigkeit?

Wer mit Gitta Connemann, der Vorsitzenden der Kultur-Enquete, genauer hinsieht, wird diese Vermutung schnell beiseite legen. „Die Gesetzgebung des Bundes bezieht sich auf sehr viele Bereiche, die für die Kultur wichtig sind“, sagt sie – und verweist auf die gerade bei Künstlerinnen und Künstlern heiß diskutierte Probleme

mit Raubkopien: Das Urheberrecht ist Bundesrecht. Oder die Altersversorgung: Das Recht der Künstlersozialversicherung ist Bundesrecht. Oder das immer wichtiger werdende Engagement von Privatleuten und Firmen für die Kunst: Auch Stiftungsrecht und Steuerrecht sind Bundesrecht.

Kultur als Staatsziel

Viele weitere Beispiele wären möglich. Hinzu kommt die Umsetzung von EU-Vorgaben in nationales Recht. Das ist ebenfalls Aufgabe des Bundes. Und da steckt der Teufel oft im Detail, wie Connemann mit Blick auf die Lärmschutzrichtlinie der Europäischen Union warnend belegt. Hier drohen Orchestern Probleme, da Musik als „Unterhaltung“ eingestuft worden ist. Ab 2008 könnten Konzerte gefährdet sein, weil in jedem Orchestergraben Grenzwerte überschritten werden, die dem Schutz des Arbeitnehmers dienen sollen. Die Kommission hat wegen Entwicklungen wie dieser den Bereich „Kultur in Europa“ in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Connemann: „Wir können doch nicht in Ruhe über nationale Kultur diskutieren, während auf EU-Ebene etwas stattfindet, das uns die Füße wegschlägt.“

Natürlich darf die Kultur-Enquete, wenn sie eine zutreffende Bestands-

aufnahme der Kultur in Deutschland liefern soll, die föderalen Aspekte nicht ausblenden. „Wir waren uns aber einig, auch etwas über den eigenen Zaun hinaus auf die Bereiche zu schauen, für die wir nicht die originäre Zuständigkeit haben“, erläutert der Vizevorsitzende der Kommission, Siegmund Ehrmann (SPD). Als Ergebnis können hier natürlich keine Handlungsanweisungen an den Bundesgesetzgeber stehen, aber „Beispiele guter Praxis“ will die Kommission doch erwähnen, um auch auf diesen Feldern „die kulturpolitische Debatte zu bereichern.“

Eine der größten Gefahren für die Kultur in Deutschland liegt in der Schiefelage der öffentlichen Haushalte. Denn traditionell macht die öffentliche Förderung rund 90 Prozent der kulturellen Gesamtförderung aus, wobei das Schwergewicht auf den Kommunen liegt. Da aber die Kultur nicht zu den Pflichtaufgaben gehört, ist sie immer wieder von Kürzungen betroffen, wenn das Geld nicht reicht. Ehrmann sieht hier ein beträchtliches Potenzial, durch Kooperationsmodelle Ausgaben zu minimieren. „Warum zum Beispiel gibt es in jeder Bibliothek Fachkräfte, die den Einkauf organisieren?“, fragt er. Wenn man solche Aufgaben bündelte, ergäben sich erhebliche

Einspareffekte, ohne dass Versorgung und Qualität zu leiden hätten. „Viele Kommunen sind noch zu stark dem Kirchturmdenken verhaftet“, lautet das Urteil Ehrmanns. Er macht aber auch deutlich, dass kommunale Kooperationsprozesse in der ausschließlichen kommunalen Eigenverantwortung liegen.

Wichtige Erkenntnisse hat die Vorgängerkommission in der vergangenen Wahlperiode sammeln können. Aber wegen der vorgezogenen Neuwahlen musste sie trotz intensivster Beschäftigung auf viele angepeilte Auswertungen und daraus folgende Handlungsempfehlungen verzichten. Das wird nun nachgeholt. In einem wichtigen Punkt legte die „alte“ Enquete jedoch bereits ein Konzept vor, das sich inzwischen zur parlamentarischen Initiative entwickelt hat: Die Kultur soll als Staatsziel ins Grundgesetz.

Führende Staatsrechtler haben dies in einer Anhörung empfohlen – unter anderem, um den Kommunen bei der Kulturförderung zu helfen. Diese würden von ihren Aufsichtsbehörden häufig gezwungen, im Bereich der freiwilligen Ausgaben mehr zu kürzen, als sie wollten. Ein neuer Artikel 20b im Grundgesetz („Der Staat schützt und fördert die Kultur.“) könnte unterstreichen, dass „Freiwilligkeit nicht

mit Beliebigkeit verwechselt werden darf“, erklärt Connemann. Die Kommunalpolitik bekäme einen größeren Ermessensspielraum im Umgang mit der Kultur. Zwar muss diese auch weiterhin ihren Beitrag zur Bewältigung von Haushaltszwängen leisten, aber nicht mehr überproportional.

Privates Engagement

Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte bei der offiziellen Einsetzung der Kommission, die Kulturszene in Deutschland habe große Erwartungen an das Gremium. Das zeigt sich immer wieder bei den Kommissionssitzungen. Als es etwa um die Musikquote ging, verfolgten Hunderte die Diskussion. Aber auch in gewöhnlichen Arbeitssitzungen finden sich immer deutlich mehr Zuhörer ein, als Mitglieder Platz nehmen: die Vertreter von Ministerien, von Landesvertretungen, von der Kultusministerkonferenz, von den Staatskanzleien und vielen anderen Institutionen. Und vor allem die „Szene“ nimmt lebhaften Anteil an den Erkenntnisfortschritten über Wege zur Stärkung der Kultur in Deutschland.

Damit alles übersichtlich bleibt, gilt eine strikte Arbeitsteilung: Die Enquete kümmert sich um langfristige Entwicklungen und grundsätzliche

Weichenstellungen, der Kulturausschuss um aktuelle Gesetzgebung. „Von der laufenden parlamentarischen Arbeit in Gesetzgebungsverfahren hat sich die Kommission fern zu halten“, sagt Ehrmann. Dennoch braucht der Gesetzgeber in vielen Bereichen auch aktuell die Einschätzung der Enquete. Etwa bei der laufenden Überprüfung, wie die Hartz-Gesetze auf verschiedene Zielgruppen wirken. Für die Kultur bedarf es sich nach seinem Dafürhalten in einigen Feldern einer kritischen Bewertung und eventuell einer Nachjustierung. Etwa beim Grundsatz, dass jeder arbeitsfähige Empfänger der Grundsicherung für die Vermittlung in viele Tätigkeiten zur Verfügung stehen muss – auch Künstler zwischen zwei Engagements? Oder bei den Höchstgrenzen für die Größe von Wohnraum – auch für bildende Künstler und ihr Atelier?

Intensiv schaut sich die Kultur-Enquete an, wie andere Länder mit der Kultur umgehen. Die Erfahrungen in den USA etwa zeigen, wie Private an der Förderung sinnvoll beteiligt werden können. „Die haben uns klipp und klar gesagt, dass wir nur auf der Basis einer öffentlichen Grundfinanzierung die Zivilgesellschaft gewinnen können“, berichtet Kommissionsmitglied Hans-Joachim Otto (FDP). Wenn ein



Kultur bedeutet Arbeit: Klausurtagung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in Zeuthen.

Die Vorsitzende der Enquete-Kommission, Gitta Connemann (CDU/CSU).



Siegmund Ehrmann ist Vizevorsitzender der Kultur-Enquete und zugleich Obmann der SPD.

FDP-Obmann Hans-Joachim Otto, zugleich Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien.



Theater durch Spenden eine Million Euro erwirtschaftete und die öffentliche Hand daraufhin ihren Zuschuss um eine Million kürzte, bedeute dies das Ende jeder privaten Motivation.

Es gibt also viel zu tun in vielen Details. Die Enquete hat sich dafür einen strengen Arbeitsplan gegeben, eine Fülle von einzelnen Bereichen identifiziert und jeweils einzelne Mitglieder benannt, die den einzelnen Fragen gezielt nachgehen und den anderen über die Ergebnisse Bericht erstatten. Das bedeutet, dass nicht nur der Montag von der Kommissions-sitzung beherrscht wird, sondern dass auch an vielen weiteren Tagen die Kultur-Enquete den Terminplan der Mitglieder bestimmt. Die Abgeordneten sind sich einig, dass in der Kommission deutlich mehr Arbeit anfällt als in den Fachausschüssen, dass auch das Sekretariat noch stärker belastet ist und herausragende Bedeutung für das Funktionieren der Kommission hat. Bereits in der vergangenen Wahlperiode wies der Zwischenbericht gut 900 Seiten auf – dazu kamen noch vier zusätzliche Materialbände.

Auffallend ist, dass parteipolitische Auseinandersetzungen so gut wie ausgeblendet scheinen. Schon die Einsetzung der Kommission kam durch einen gemeinsamen Antrag

aller Fraktionen zustande. Die Enquete will dem gerecht werden, indem auch die Antworten auf die gestellten Fragen in weitgehender Gemeinsamkeit entwickelt werden. Doch es liegt auf der Hand, dass in der Phase der Auswertungen und Schlussfolgerungen doch ein paar Unterschiede sichtbar werden.

Arbeit aus Leidenschaft

Die Union etwa will „größeren Wert auf die Eigeninitiative legen“, wie CDU/CSU-Obmann Wolfgang Börnsen betont. Nach dem Verständnis seiner Fraktion kann die Gesellschaft die Kultur nicht bedingungslos alimentieren; sie muss auch die Gewissheit haben, dass sich die Kulturschaffenden selbst engagieren und Selbstverantwortung übernehmen.

Siegfried Ehrmann, zugleich Obmann der SPD in der Kommission, schließt nicht aus, dass es bei den Handlungsempfehlungen zu den Betriebsbedingungen von Theatern und Orchestern zu unterschiedlichen Einschätzungen kommt. Das könnte sich insbesondere dann erweisen, wenn es um Inhalte geht, die der Tarifautonomie unterliegen und ausschließlich durch die Tarifvertragspartner gelöst werden sollten.

Die FDP ist nach den Worten Ottos sehr stark an der Rolle der Zivilgesell-

schaft und der Frage interessiert, wie mehr Mäzene gewonnen werden können. Otto kritisiert in diesem Zusammenhang eine Reihe kontraproduktiv wirkender Vorschriften. So erwarteten tatkräftige Kultursponsoren ab und zu auch ein kleines Dankeschön – etwa in Form einer verbilligten Theaterkarte oder eines reservierten Parkplatzes. Doch sobald das Theater solche geldwerten Vorteile einräumt, sei die Gemeinnützigkeit weg. Otto: „Da gibt es Dinge, die ungeheuer hinderlich sind.“

Mehr auf das Thema „Kultur für Individuum und Gesellschaft“ achtet Lukrezia Jochimsen von der Fraktion Die Linke. Sie will die Kultur der Migranten weiter nach vorn bringen, die sie bislang vernachlässigt sieht. „Wir wollen den Blick auf die Kultur einer millionenstarken Minderheit lenken“, kündigt Jochimsen an. Das müsse auch grundsätzlicher angegangen und in die Definition von Kultur in Deutschland stärker einbezogen werden.

Für Bündnis 90/Die Grünen hat der Zugang zur Kultur einen herausragenden Stellenwert. „Wir können nicht nur von Hochkultur reden, wir müssen uns vor allem fragen: Wie ermöglichen wir einen möglichst breiten Zugang zur Kultur, zur kulturellen Bildung?“, unterstreicht Undine Kurth.

Eine Idee hat die Kommission bereits diskutiert: Bibliotheken haushaltstechnisch dem Bereich Bildung zuzuordnen und sie so zur Pflichtaufgabe zu machen.

In der Kommission sitzen nicht nur Politiker und Wissenschaftler. Auch Künstler und Regisseure sind vertreten. Wer mit Politikern und Wissenschaftlern spricht, hört aber auch bei ihnen sehr bald das Wort „Leidenschaft“, wenn es um Kultur geht. Alle heben die besondere Bedeutung des Elternhauses für ihren Weg zur Kultur hervor. Und immer wieder kommen persönliche Erlebnisse am Rande zur Sprache: Börnsen zum Beispiel ist nicht nur Kulturpolitiker. Er ist auch Theaterregisseur, Museumsleiter, Schlagzeuger und Autor – vor allem mit Bezug zur norddeutschen Mundart. Seine Devise für die Kommission: „Wat mutt, dat mutt.“

Ein Muss mit straffem Zeitplan: Bereits im nächsten Jahr sollen die Ergebnisse komplett sein. Denn der Bundestag will noch in der laufenden Wahlperiode mit der Umsetzung beginnen.

Text: Gregor Mayntz
Fotos: studio kohlmeier

(Bilder mit freundlicher Unterstützung der Universität der Künste Berlin.)

„Praxis und Theorie verbinden“

Interview mit dem Kirchen- und Kunsthistoriker Prof. Thomas Sternberg, Sachverständiger in der Enquete-Kommission

Blickpunkt Bundestag: Was bedeutet die Berufung in eine Enquete-Kommission in Wissenschaftskreisen. Eine Last, wegen der vielen Arbeit, oder eher eine Auszeichnung?

Thomas Sternberg: Das ist schon eine gewisse Auszeichnung, nicht zuletzt weil hier die Chance besteht, Praxis und Theorie in eine Verbindung zu bringen.

Blickpunkt: Wie haben Sie den Beginn dieser Arbeit erlebt?

Sternberg: In den allerersten Anfängen etwas enttäuschend. Wir haben sehr lange diskutiert über Gliederungspunkte, Anordnungen, Formalien. Das ist zunächst fremd für Sachverständige, die sonst unmittelbar an den Sachfragen ansetzen und nicht bei komplexen Abstimmungsprozessen; letztlich ist das aber sehr effizient, in verschiedenen Arbeitsgruppen zu arbeiten, mit Verantwortlichkeiten für bestimmte Bereiche, die auch namhaft gemacht werden. Das kann dann sogar sehr zügig gehen.

Blickpunkt: Wie bringen Sie Ihr eigenes Fachwissen ein?

Sternberg: Ich finde es ganz besonders bereichernd, dass man eben nicht nur befragt wird, antwortet, und dann geht wieder jeder seiner Wege, sondern dass hier ein Gesprächsprozess über einen längeren Zeitraum stattfindet. Das Schöne an der Enquete-Kommission ist für mich auch das Erlebnis, dass Wissenschaftler, Praktiker und Politiker sich zusammen Gedanken machen. Der Kreis der Sachverständigen ist ja sehr bunt, da haben wir von kommunalen Kulturfachleuten, wie dem Essener Kulturdezernenten Oliver Scheytt, über den ehemaligen bayerischen Kultusminister Hans Zehetmair und den Kulturwissenschaftler Wolfgang Schneider auch

den Künstler Heinz Rudolf Kunze oder die Intendantin Nike Wagner, die jeweils anders an die Sache herangehen.

Blickpunkt: Wo betritt die Kommission Neuland?

Sternberg: Wir haben zum Thema Kulturstatistik, zur kulturellen Bildung oder zur Frage „Staatsziel Kultur“ sicherlich neue Aussagen gefunden. Aber es geht

weniger um Novitäten, es geht eher darum, dass kulturpolitische Themen nicht nur dezentral diskutiert werden, sondern hier einmal gebündelt bundesweit zur Sprache kommen.

Blickpunkt: Was wird am Ende stehen?

Sternberg: Wir haben sehr gute Gutachten, die für den gesamten Kulturbereich bedeutend sein werden. Wir werden einige wirklich wichtige Impulse setzen, etwa in der sozialen Absicherung von Künstlern. Wir werden in der Kulturstatistik sicherlich weiterkommen und auch in den Fragestellungen nach Kulturräumen. Wir werden die Bedeutung der kulturellen Bildung verstärken. Das sind schon Dinge, die ihre Auswirkung haben werden auch in der Kulturszene, selbst dann, wenn der Entscheidungsträger nicht der Bund ist.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg ist Direktor der katholisch-sozialen Akademie „Franz-Hitze-Haus“ und Honorarprofessor für Kunst und Liturgie an der Universität Münster.



CDU/CSU-Obmann mit Praxiserfahrung: Wolfgang Börnsen ist auch Regisseur, Museumsleiter, Schlagzeuger und Autor.

Lukrezia Jochimsen (Die Linke.) war bis 2001 Fernsehchefredakteurin beim Hessischen Rundfunk.



Die gelernte Innenarchitektin Undine Kurth ist für Bündnis 90/Die Grünen in der Kultur-Enquete.



INKOGNITO

Schuhkauf vor der ersten Sitzung

Wer war's? fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe stellen wir jeweils ein Mitglied des Bundestages vor, das in der Geschichte Deutschlands eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Vor der ersten Sitzung des neu gewählten Parlaments muss er auf Socken vom Bonner Bahnhof zum Münsterplatz laufen, um neue Schuhe zu kaufen. Denn sein einziges Paar ist auf der Fahrt nach Bonn verschwunden, wahrscheinlich gestohlen worden. Dann eilt der frisch gebackene Abgeordnete zum Tagungsort, dem neuen Plenarsaal in der ehemaligen Pädagogischen Akademie.



Unser Kandidat vereidigt Helmut Schmidt 1980 als Bundeskanzler.

Der damals mit 33 Jahren jüngste Abgeordnete des Bundestages steigt später bis an die Spitze des Parlaments auf und gehört ihm so lange an wie sonst keiner – 41 Jahre lang vertritt der gebürtige Franke seinen bayerischen Wahlkreis in Bonn. Nach 1945 gehörte er zu den Gründern der CSU in Bayern. Er hat – wie viele Mitglieder des Bundestages – die Politik bereits in der Familie kennen gelernt. Sein Vater, ein Schlossermeister, war Bürgermeister, ursprünglich in der Bayerischen Volkspartei, später Kreisvorsitzender der CSU und Mitglied des Landtags. Sein Onkel Daniel, ein Sozialdemokrat, war im Kaiserreich und in der Weimarer Republik insgesamt 28 Jahre Mitglied des Reichstags.

In Bonn kümmert sich der junge Abgeordnete sehr erfolgreich vor allem um die Verkehrspolitik und den Mittelstand. Er ist maßgeblich an der Formulierung der Handwerksordnung beteiligt und gilt bald als ministrabel. Später erzählt er gern, wie Adenauer

ihm nach dem glänzenden Wahlerfolg 1957 in seinem Haus in Rhöndorf eröffnet, er solle den Verkehrsminister beerben, den Adenauer für zu wenig kompromissbereit hielt. Unser Kandidat hat aber seine eigenen Vorstellungen und strebt das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen an. Da habe Adenauer gesagt: „Na jut, dann werden Sie eben Postminister.“

Der Neue macht seine Sache gut – abgesehen von der umstrittenen Erhöhung der Telefongebühren, die später teilweise zurückgenommen werden muss. Er treibt die Rationalisierung des Postbetriebs einschließlich des Ausbaus des Selbstwählbetriebs voran und führt die Postleitzahlen ein. Doch nach neun Jahren, bei Bildung der ersten Großen Koalition, muss der Katholik wegen des konfessionellen Proporz ein protestantisches Parteifreund weichen. Er arbeitet weiter in führenden Positionen der CDU/CSU-Fraktion. Auch wenn er sein Temperament nicht immer zügeln kann, wird der

leidenschaftliche Jäger, Skatspieler und Anhänger des 1. FC Nürnberg von Parteifreunden wie auch von den politischen Gegnern geschätzt.

So ist es nicht überraschend, dass er 1979 als erster CSU-Politiker Bundestagspräsident wird. Die ungewöhnlich vielen, nämlich 410 Ja-Stimmen zeigen die Wertschätzung, die er im Bundestag genießt. Einer seiner Nachfolger in diesem Amt bescheinigt ihm später: „Seine besondere Fähigkeit lag darin, mit Humor spannungsgeladenen Streit und angestrenzte Nerven von Kontrahenten zu entspannen, mit Augenmaß Konflikte zu lösen.“

Dazu muss er manchmal auch energisch durchgreifen: Bei einer erregten Debatte weist er nacheinander zwei Mitglieder der Grünen aus dem Plenum, die härteste Ordnungsmaßnahme, die der Bundestagspräsident ergreifen kann. Der zweite der Betroffenen (später sollte er Außenminister werden) quittiert seinen Ausschluss mit einer Äußerung, die Schlagzeilen macht und mit den Worten „Mit Verlaub, Herr Präsident ...“ beginnt.

Nach der Bundestagswahl 1983 muss er die Präsidentschaft an einen Fraktionskollegen abgeben, der vom neuen Kanzler für den Verlust eines anderen Amtes entschädigt wird. Unser Kandidat bleibt bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag Vizepräsident, grollt aber dem für die Zurückstufung verantwortlichen Regierungschef noch lange. Als der ihn 1986 einlädt, in der Regierungsmaschine zum Weltmeisterschaftsendspiel mit nach Mexiko zu fliegen, entgegnet der Fußballfan nur „Mit dir flieg ich nicht“, und schaut sich die deutsche Finalniederlage im Fernsehen an.

Nach seinem Abschied aus Bonn genießt der schon längere Zeit Herzkrankte sein Privatleben mit der geliebten Familie. Er stirbt im Alter von 85 Jahren in seinem Wohnort und langjährigen Wahlkreis.

Wer war's?

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. Einsendeschluss: 21. April 2006. Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 2/06 lautet: Willi Hoss. Eine Reise nach Berlin hat Sirko Lehmann aus Achern gewonnen.



Sprachliche Dienste im Bundestag

„Hammelsprung“ auf Singhalesisch

Wenn ein Abgeordneter einen Dolmetscher braucht oder ein Ausschuss die Übersetzung eines fremdsprachigen Zeitungsartikels, dann gibt es im Parlamentsviertel eine gute Adresse: den Sprachendienst des Deutschen Bundestages. Seine Mitarbeiter navigieren das Parlament durch das vielstimmige Sprachengewirr der Welt und bieten neuerdings einen wertvollen Dienst im Internet: ein Fachwörterbuch rund um das Parlament.



Die 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sprachendienstes sitzen in einem repräsentativen Altbau, in dem einst das Kaiserliche Patentamt untergebracht war, und haben alle Hände voll zu tun: 1.800 Übersetzungsaufträge von wenigen Zeilen bis zu 300 Seiten und rund 600 Dolmetschaufträge gehen hier jährlich ein. Meist vermitteln die Sprachartisten zwischen Deutsch und Englisch. Daher sind im sechsköpfigen Übersetzerteam auch zwei englische Muttersprachler. Denn übersetzt wird grundsätzlich nur in die eigene Muttersprache. „Das ist eine Frage der Qualität“, sagt die Leiterin des Sprachendienstes, Sylvia Hofheinz. „Denn Qualität ist das oberste Gebot, um dem hohen Anspruch des Parlaments gerecht zu werden.“

Bestens qualifiziert müssen alle Mitarbeiter sein, die den Sprachendienst unterstützen. Vor allem dann, wenn Sprachen gefragt sind, die die Übersetzer und Dolmetscher des Sprachendienstes selbst nicht beherrschen. Deutsch, Englisch, Französisch oder Spanisch? Kein Problem. Aber wer spricht schon fließend Singhalesisch oder Khasi. Dann werden auch die Sprachdienste anderer Behörden oder freie Übersetzer um Hilfe gebeten.

Einen Trumpf hat der Sprachendienst des Bundestages zu Beginn

dieses Jahres aus dem Ärmel gezogen: Die Terminologiedatenbank mit mehr als 60.000 Einträgen in Deutsch, Englisch und Französisch ist nun im Internet zugänglich. Für alle, die nach parlamentarischen und politischen Begriffen suchen oder in den Bereichen Wirtschaft, Recht und Umwelt arbeiten, ist das eine große Hilfe. Denn mit ein paar Klicks im Internet lassen sich jetzt Fachbegriffe wie „Hammelsprung“ oder „Ausschussvorsitzender“ problemlos im offiziellen Sprachgebrauch übersetzen.

Datenbank statt Karteikasten

Seit 1989 wird die Terminologiedatenbank geführt, seit 2006 steht sie auf www.bundestag.de jedem zur Verfügung, auch auf den ausdrücklichen Wunsch der Länderparlamente. Für die Terminologin und Übersetzerin Claudia Eichert-Schäfer ist das ein schöner Erfolg. Denn die Datenbank ist ihr „Baby“, wie sie sagt. Seit 1988 ist sie als Terminologin dabei und hat mit anderen Übersetzern die Datenbank aufgebaut. Heute sitzt sie in einem hellen Büro, das zwei selbst gezogene Bananenbäume von den Kanarischen Inseln zieren. „Früher sammelte jeder für sich die Begriffe nur auf Karteikarten oder Listen“, sagt sie. „Da hatten es vor allem neue Übersetzer schwer,

auf die Schnelle die richtige Übersetzung zu finden.“ Die Datenbank macht jetzt vieles leichter.

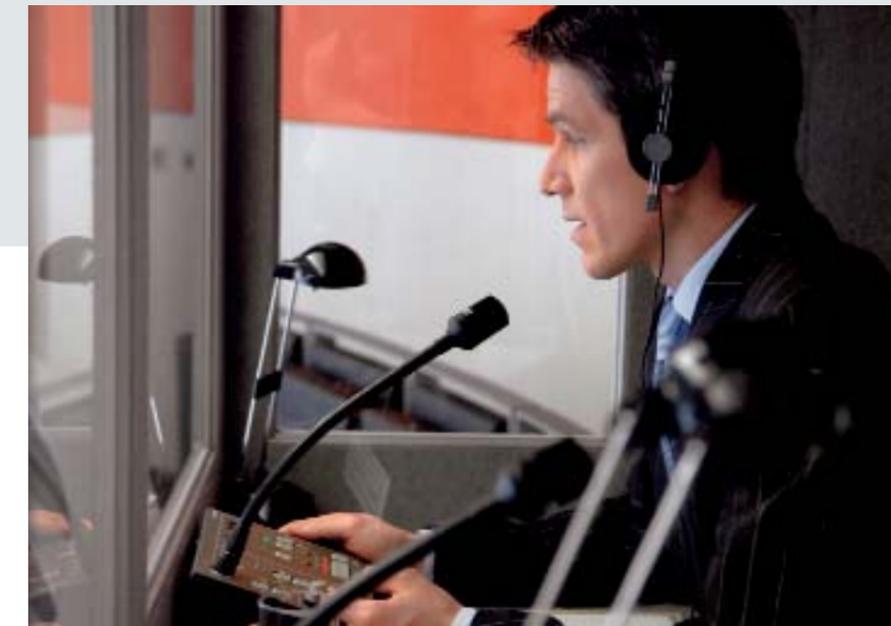
Neben den Informationsbroschüren und Veröffentlichungen, die der Bundestag herausgibt, wird hier eine Vielzahl von Dokumenten übersetzt. Meist wenden sich Abgeordnete mit Übersetzungsaufträgen an den Sprachendienst. Aber auch die Ausschüsse, Enquete-Kommissionen oder das Bundestagspräsidium fragen regelmäßig an. Das heißt, dass nicht nur verschiedene Textarten anfallen wie Reden, Korrespondenzen, parlamentarische Anträge, Zeitungsartikel oder Broschüren über die parlamentarische Arbeit, die jeweils einen eigenen Sprachduktus haben. Auch die Fachgebiete sind sehr unterschiedlich und setzen sehr spezielle Kenntnisse voraus.

Für diese Aufgabe stehen dem Sprachendienst ausgezeichnete Recherchemöglichkeiten zur Verfügung, neben der Terminologiedatenbank auch das Intranet des Bundestages, die Parlamentsbibliothek und die Pressedokumentation. Ein wichtiges Hilfsmittel ist auch das Internet und die Suchmaschine Google. „Ich frage mich manchmal, wie wir früher ohne Google arbeiten konnten“, sagt Alexander Wood, der als Dolmetscher beim Sprachdienst arbeitet. Viele Fachbegriffe sind in Wörterbüchern kaum zu finden. Da ist die schnelle Recherche im Netz nach der richtigen Verwendung eines Begriffs sehr hilfreich. Aber trotz aller technischen Hilfe: Übersetzt wird von Menschen, maschinelle Übersetzungen gibt es hier nicht.

Der Sprachendienst versteht sich als Dienstleister. Umso mehr freuen sie sich, wenn sich Abgeordnete für die



Alexander Wood (Mitte) dolmetscht beim Besuch des US-Botschafters Daniel R. Coats im Februar 2005. Rechts: Beim Simultandolmetschen in einer schalldichten Kabine.



Arbeit persönlich bedanken. Das gilt natürlich auch für die Dolmetscher, die wegen der vielen internationalen Aktivitäten des Parlaments und seiner Abgeordneten immer gefragter sind. Beim Sprachendienst arbeiten eine Dolmetscherin für Französisch und zwei Dolmetscher für Englisch. Sie werden zum Beispiel bei Besuchen ausländischer Parlamentspräsidenten und Parlamentarier oder bei Auslandsreisen der Abgeordneten eingesetzt.

Präsenz und Sprachkompetenz

„Dolmetschen bei offiziellen Anlässen erfordert viel Einfühlungsvermögen“, sagt Alexander Wood, der auch schon für die Queen gedolmetscht hat. „Ein Dolmetscher muss immer präsent sein, sich gleichzeitig aber sehr zurücknehmen.“ Bei Gesprächen im kleineren Kreis, bei Arbeitsessen und bei Reisen können oft keine Dolmetscherkabinen aufgebaut werden. Oder sie sind wegen der Atmosphäre nicht gewünscht. Dann sitzt der Dolmetscher in der Nähe des Redners, notiert das Gesagte und gibt es anschließend wieder. Konsekutivdolmetschen heißt das. „Für den Dolmetscher ist das sehr schön“, sagt Wood, „denn er ist nah am Geschehen dran.“

Näher dran als beim Simultandolmetschen. Denn hier arbeitet der Dolmetscher in einer schalldichten Kabine. Hoch konzentriert ist diese Arbeit. Der Redner im Saal spricht in ein Mikrofon, der Dolmetscher empfängt das gesprochene Wort über seinen Kopfhörer und überträgt es simultan in eine andere Sprache. Er übersetzt und muss mit einem Ohr schon wieder beim Redner sein.

Ähnlich wie die Stenografen im Plenarsaal, die jedes Wort und jeden Zwischenruf mitschreiben, müssen auch Simultandolmetscher regelmäßig Pausen machen. Aus diesem Grund sind zwei Dolmetscher im Einsatz, bei mehrstündigen Veranstaltungen häufig sogar drei. Der Dolmetscher muss dabei nicht nur über eine sehr hohe Sprachkompetenz verfügen, sondern auch über eine große Belastbarkeit.

Aber nicht immer ist ein Dolmetscher für jede Sprachkombination zur Hand. „Finden Sie mal jemanden, der vom Finnischen ins Slowakische übersetzen kann. Hier müssen wir den Umweg über die Relaisprache Englisch nehmen“, sagt Wood. Das ist nicht die beste Lösung. Aber häufig geht es nicht anders.

Sprach- und Organisationstalent sind auch im nächsten Jahr gefragt, wenn im Bundestag die COSAC, die Konferenz der Europaausschüsse der EU-Parlamente und des Europäischen Parlaments stattfindet. Dann müssen alle zwanzig EU-Sprachen verfügbar sein und pro Sprache zwei bis drei Dolmetscher, die sich im 30-Minutenrhythmus abwechseln. Unter Dolmetschern spricht man in diesem Fall von einem „Vollsprachenregime“. Die Konferenz wird einen Eindruck geben vom Sprachengewirr der Welt. Aber der Sprachendienst wird die Abgeordneten aus aller Herren Länder sicher durch die Sprachen der Europäischen Union navigieren.

Text: Georgia Rauer
Fotos: Anke Jacob



Übersetzerin Claudia Eichert-Schäfer. Unten: „Exotenliste“ mit Übersetzern und Dolmetschern für in Deutschland wenig verbreitete Sprachen.



Die Terminologiedatenbank

Wie heißt der „Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung“ auf Englisch? Was bedeutet „politique d’implantation industrielle“? Die kürzlich ins Netz gestellte Terminologiedatenbank des Sprachendienstes des Bundestages stellt eine Vielzahl von Begriffen aus dem politisch-parlamentarischen Umfeld bereit. Fachausdrücke können in Deutsch, Französisch und Englisch recherchiert und übersetzt werden. Weil in Zeiten der ständig wachsenden internationalen Verflechtung die Qualität der Übersetzungen eine immer größere Rolle spielt, stellt der Sprachendienst seine Datenbank im Internet jedem zur Verfügung. Enthalten sind vor allem parlamentarische Begriffe, aber auch Begriffe aus Wirtschaft, Recht, Verteidigung, Gesundheit, Landwirtschaft, Soziales und Umwelt.

tms.bundestag.de



Karin Evers-Meyer kämpft leidenschaftlich dafür, dass die Dinge gut werden. Ihre Art, Politik zu machen, ist für die Menschen im Wahlkreis nachvollziehbar. Das zu schaffen, braucht es Kopf und Herz.

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

Gewählt wird man zu Hause

Wasser, Moor, Heide, Strand, Küste, Inseln, städtische Räume, freundliche, offene Menschen – außer Bergen haben wir alles, was das Herz begehrt.“ Die SPD-Abgeordnete Karin Evers-Meyer schaut aus dem Fenster auf das mächtige Reichstagsgebäude, eingehüllt in dichtes Schneetreiben. Eigentlich sollte Frühling sein da draußen, damit die Sehnsucht nach der beschriebenen Landschaft sich im Körper ausbreiten und einen Purzelbaum schlagen kann. „Ich liebe Friesland, ich bin dort groß geworden, meine Kinder sind da aufgewachsen. Wenn ich dort als Politikerin unterwegs bin, kann ich immer auf Erfahrungen zurückgreifen, auf Erlebnisse, Menschen, die ich kenne und die mich kennen. Und wenn ich hier in Berlin bin, habe ich das alles im Gepäck. Etwa den jungen Mann, der durch einen Unfall gelähmt ist und dessen Familie nun das Haus behindertengerecht umbauen muss. Ich versuche zu klären, wie man helfen kann, wer helfen kann. Oder das große Chemieprojekt INEOS, eine Werksvergrößerung, die Arbeitsplätze schaffen wird und endlich kurz vor dem Durchbruch steht. Wir brauchen Arbeitsplätze. 14 Prozent Arbeitslosigkeit in meinem Wahlkreis sind nicht hinnehmbar. Oder

die Rentnerin, die mich kürzlich angesprochen hat, weil ihre Rente zum Leben nicht reicht.“ Die 56-Jährige lächelt und wischt eine kleine Müdigkeit aus dem Gesicht. Sie trägt eine Kette mit himmelblauen Perlen. Die schlagen sich wacker gegen den grauen Tag vor dem Fenster.

Barrierefreie Räume

Seit kurzem ist Karin Evers-Meyer nicht nur Bundestagsabgeordnete, sie hat auch ein gewichtiges Ehrenamt bekommen: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. „Ich will“, sagt sie, „so viel wie möglich für Integration werben. Man darf Menschen nicht in Schubladen packen. Niemand darf das. Wir diskutieren gerade landauf, landab über das Antidiskriminierungsgesetz. Da muss alles rein, was wichtig ist. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Barrierefreie öffentliche Räume“, sagt sie und malt mit der rechten Hand einen Bogen in die Luft, „dafür setze ich mich in meinem Wahlkreis seit jeher ein. Und es geht, wenn die Verantwortlichen es wirklich wollen. Glauben Sie mir.“

Wenn die Abgeordnete in ihrem Wahlkreis unterwegs ist, dann kommen immer eine Menge Kilometer zusammen. Der Wahlkreis 27 Friesland-

Wilhelmshaven umfasst ein großes Stück Festland und die Inseln Langeoog, Wangerooge und Spiekeroog. Bei Niedrigwasser kommt man auf die nur mit dem Flugzeug. Auf Wangerooge fährt eine niedliche Eisenbahn – rote Lokomotive, blaue Wagons – das Gepäck der Reisenden und Einheimischen durch die Landschaft. Der Flughafen sieht aus wie die Kulisse für einen Kaurismäki-Film und das schönste Café mit der schönsten Aussicht heißt „Café Pudding“. Alles anders, alles spannend, alles weit. Karin Evers-Meyer verbringt viel Zeit mit den Menschen in ihrem Wahlkreis. Ein Tag ist für sie lang und dafür da, die Welt ein bisschen aus den Angeln zu heben. Oder es wenigstens zu versuchen. Zum Beispiel so:

Morgens um 8.30 Uhr wird auf dem **Marinestützpunkt Wilhelmshaven** längst gearbeitet. Karin Evers-Meyer ist hier bekannt und gern gesehen. Sie weiß Bescheid, ihr muss man nicht erst lange erklären, welche Probleme es gibt und was aktuell anliegt. In der vergangenen Legislaturperiode saß die Abgeordnete im Verteidigungsausschuss. Zurzeit liegt die Fregatte „Karlsruhe“ zur Instandsetzung im Marinearsenal. Das wird man sich nachher anschauen. Erst einmal ein



Wilhelmshaven Marinestützpunkt mit der Fregatte „Karlsruhe“.



Wittmund Gespräch mit den Behindertenbeauftragten.



Bensersiel Rundgang durchs Tourismuszentrums.



Wangerooge Besuch der Insschule.



Gespräch im Stützpunkt mit dem Kommandeur und Standortältesten, Kapitän zur See Holger Ott. In den kommenden vier Jahren sind umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen geplant – der Bau einer Feuerwache, der Umbau zweier Unterakunftsgebäude, die Sanierung eines Bürogebäudes, der Hafenanlagen und Kaimauern. 9.000 Menschen sind an diesem zweitgrößten Bundeswehrstandort der Republik beschäftigt. „Ich muss“, sagt die Abgeordnete später, „alles mal getan, angefasst, gefühlt, mitgemacht haben. Soweit das möglich ist.“ Wieweit das möglich ist, hat sie bei der Marine bewiesen, als sie vor einiger Zeit vierzehn Tage in Uniform an einer Wehrübung teilnahm. Mit allem Drum und Dran. Das hat ihr Erfahrung vermittelt und Achtung eingebracht.

Um halb elf verlässt man, etwas durchgefroren, aber nicht unfrohlich, die „Karlsruhe“, um nach **Wittmund** zu fahren. Hier warten der Kommunale Behindertenbeauftragte Helmut Gösling und der Landesbehindertenbeauftragte Karl Finke und zwei Parteikollegen der Abgeordneten. Der ostfriesische Landkreis Wittmund lebt stark vom Tourismus. Erholung ist hier an vielen Orten barrierefrei möglich.

„Das hat Zukunft“, sagt die Abgeordnete, „und es ist vorbildlich. Wenn ein Rollstuhlfahrer das Meer sehen möchte, muss er die Möglichkeit haben, auf den Deich zu kommen, er braucht einen Aussichtspunkt, wo er sicher mit seinem Rollstuhl steht, und er braucht einen Steg ins Meer, damit er das Wasser fühlen kann.“ Natürlich, das klingt logisch und somit einfach. Aber viele Menschen müssen sich engagieren und an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen, damit aus der Logik auch Realität wird.

Gemeinsames Lernen

Und Realität kann dann aussehen wie **Bensersiel**. Dahin fährt man nach dem Gespräch mit den Behindertenbeauftragten der Kommune und des Landes. In Bensersiel ist Taka-Tuka-Land, jedenfalls im Tourismuszentrums, wo mitten in einer großen, bunten Halle das Pferd von Pippi Langstrumpf steht – „Kleiner Onkel“, ziemlich groß. Abgeordnete wissen, dass zu fast jedem Termin ein Rundgang gehört. So auch hier und man könnte fast glauben, dass irgendwann Sommer sein wird und Taka-Tuka-Land voller Urlauber ist. Fast, denn da draußen weht ein eisiger Wind und die Abgeordnete

wickelt ihren Schal fest um den Hals. Aber was sie sieht, gefällt ihr und ist genau das, was überall sein sollte. „Behinderte müssen hinkommen können, wo sie hinwollen. Es kann doch nicht sein, dass es heute noch Gaststätten gibt, in denen sie nicht bedient werden, weil für sie kein Zugang und kein Platz geschaffen wurde.“ Karin Evers-Meyer landet immer wieder bei diesem Thema. Sie kann und darf es nicht lassen. Und sie lässt es nicht.

Gegen drei Uhr am Nachmittag geht es nach **Wangerooge**. Mit dem Flugzeug, denn es ist Niedrigwasser, Fähren fahren da nicht. Im Flugzeug sitzt auch der Bürgermeister von Wangerooge, Helmut Kohls. Auf der Insel trifft die Abgeordnete einen uralten Bekannten, Bodo, der hier das Gepäck der Ankommenenden in die kleine Eisenbahn lädt und über die Insel fährt. „Er ist seit vierzig Jahren auf der Insel, aber in meinem Heimatort groß geworden. Vierzig Jahre reichen ja nicht, um als Insulaner zu gelten. Drei Generationen müssen es schon sein.“

Zuerst besucht man die Insschule, eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe. Gemeinsames Lernen in kleinen Klassen – das klingt wie Zukunftsmusik und ist hier Gegenwart.

Der Bund hat den Ausbau der Schule gefördert, nun ist ein neues Mehrzweckgebäude entstanden, das gut zu dem einstigen Kasernengebäude im Klinkerstil passt. Karin Evers-Meyer konnte zur Einweihung nicht kommen und holt die Besichtigung nun nach. Sie hat sich, gemeinsam mit anderen, sehr dafür stark gemacht, dass die Gelder für den Ausbau kommen, und heute gibt es ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

Der Abgeordneten sind gute und beste Bildungsangebote wichtig. „Wir haben in meinem Wahlkreis eine Schulabbrecherquote von 15 Prozent. Warum? Weil es hier zum Beispiel viele Familien gibt, die in der dritten Generation von Sozialhilfe leben. Es fehlt an Angeboten zur Frühförderung. Gerade in Regionen wie dieser, wo auch die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist.“

Nach dem Schulbesuch geht es zum Bürgermeister. Bei dem gibt es Tee, aufgebrüht in der richtigen Kanne mit dem richtigen Rosenmuster. Schmeckt allerdings ein wenig nach Vanille und die Abgeordnete fragt, ob dies dann noch als echt friesischer Tee durchgehen könne. Man einigt sich auf „gerade so“. Friesen haben den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Tee, weil sie ein Seefahrervolk waren und

noch ein bisschen sind und Tee und Porzellan frühzeitig herbrachten und weil das Wasser früher so schlecht schmeckte. „Ich kenne da eine Gaststätte in Dangast“, erzählt Karin Evers-Meyer und bekommt so einen sehnsüchtigen Blick, „da gibt es den weltbesten Rhabarberkuchen. Seit 70 Jahren soll der unverändert sein. Viereinhalb Tonnen Rhabarber pro Jahr werden da für Kuchen verbraucht.“

Fragen der Genossen

Am späten Nachmittag Rückflug nach Harlesiel und von da weiter nach **Wilhelmshaven**. Dort findet abends eine Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Voslapp statt. Ort des Geschehens ist die Gaststätte „Knurrhahn“. „Es gibt in meinem Wahlkreis 35 Ortsvereine und ich versuche, jeden mindestens einmal im Jahr zu besuchen. Fragen werden da immer gestellt, und nicht zu wenige. Jetzt geht es meist um die große Koalition. Vertragt ihr euch, kriegt ihr eure Themen durch, lasst ihr euch nicht unterbuttern? Das wollen die Genossen natürlich wissen.“ Der „Knurrhahn“ hält innen, was er außen verspricht – irgendwie wirkt alles typisch und ein wenig nostalgisch. Man trinkt ein friesisch-herbes Bier, isst später noch

was, sitzt an einem langen Tisch und diskutiert sich in den Abend. Die Bundestagsabgeordnete Karin Evers-Meyer war neun Jahre Landrätin des Landkreises Friesland, sie war Ratsfrau und hat im Niedersächsischen Landtag gesessen. Wenn sie durch ihren Wahlkreis fährt, tut sie dies weiterhin mit neugierigem Blick. Sie weiß, dass die Dinge sich ändern und dass man seine Möglichkeiten nutzen sollte, sie zum Guten zu wenden. „Gewählt wird man zu Hause“, sagt sie, „Politik muss sich aus dem Speisen, was man erfährt, sieht, fühlt, lernt, hört.“ Wenn die Friesin in Berlin sitzt, mit Blick auf das Reichstagsgebäude, dem der Schnee inzwischen ein paar weiße Mützen verpasst hat, und über ihre Arbeit redet, ihren Wahlkreis, tut sie das mit eindrucksvoller Vehemenz. Vielleicht kann sie ja Berge versetzen. Nach Friesland. Dann bliebe da kaum noch ein Wunsch offen.

i Karin Evers-Meyer (SPD):
karin.evers-meyer@bundestag.de
www.evers-meyer.de

Infos zum Wahlkreis:
www.wilhelmshaven.de
www.landkreis.wittmund.de
www.friesland.de



Wangerooge Teestunde beim Bürgermeister, danach Rückflug nach Harlesiel.



Wilhelmshaven Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Voslapp.



Ein Bild von einer Bundestagssitzung

Petra Pietsch und Matthias Ebert arbeiten beim Parlamentsfernsehen. Während die einen regieren, führen sie Regie. Ein toller Job.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier





Warten Sie mal“, sagt der freundliche Mann und schiebt ein Stück Kulisse in den großen Abstellraum. „Ich bringe Sie zu Petra und Matthias. Muss nur noch die Reste von Maischberger ...“

Das klingt unverständlich und freundlich zugleich. Man wartet, bis die Reste von Maischberger verstaut sind. Gestern Abend war Aufzeichnung im TV-Studio des Parlamentsfernsehens, das vom Bundestag auch an politische Magazine vermietet wird. Dass Sandra Maischberger hier sitzt, wenn sie mit ihren Gästen diskutiert, wusste man nicht. Aber gut vorstellen kann man sich das – schließlich sieht es hier schon auf den ersten Blick professionell und modern aus. Vor allem das Studio. Hut ab, denkt man und hofft auf einen kleinen Rundgang. Moderne Übertragungstechnik lässt auch ein Laienherz höher schlagen.

Petra Pietsch und Matthias Ebert führen Regie. So könnte man es beschreiben. Sie sind zwei von fünf Menschen, die das Parlament ins Fernsehen bringen. Eine schöne Aufgabe. Und eine anspruchsvolle. Eine, die Spaß mache, sagen beide.

Petra Pietsch öffnet die Tür zum Studio, in dem gestern noch Sandra Maischberger saß und das nun groß und leer und sehr beeindruckend wirkt. 100 Quadratmeter Nutzfläche, hellgrauer Acrylfußboden, doppelflügelige Studiotore, an drei Seiten umlaufende Opera-Folie mit Hinterleuchtung, drei Seiten Vorhang Molton schwarz, eine Seite Bluebox-Vorhang, Lichttechnik vom Besten an neun quer laufenden Schienen fünf Meter überm Boden, vier große Kameras, drahtlose Mikrofonanlage, Studio-monitore, Uhrendisplays, Teleprompter. Da steht man hier nun in der Mitte und Matthias Ebert lässt den einen und den anderen Scheinwerfer aufleuchten



und man kann sich plötzlich vorstellen, woher der Begriff Lampenfieber kommt. Und wie es aussehen würde, wenn hier jetzt Fred Astaire und Ginger Rogers unter der Lichtregie von Matthias Ebert über den Fußboden schwebten. Großartig.

Petra Pietsch, 52 Jahre, dunkelhaarig, freundlich lächelnd, setzt sich vor die weiße Studiowand auf einen Stuhl und kann alles erklären. Wenn man möchte. Matthias Ebert weiß genauso gut Bescheid, auch wenn er ein paar Jahre jünger ist. Beide sind Fernsehprofis und so, wie sie erzählen und erklären, ein eingespieltes Team.

Aufbaujahre im Traumberuf

Petra Pietsch hat alles von der Pike auf gelernt. 1969 fing sie beim DDR-Fernsehen an. Da bekamen die Bilder gerade Farbe und die Aufzeichnungstechnik war riesig. Bilder wurden auf Zwei-Zoll-Bänder gebannt. Petra Pietsch wurde Facharbeiterin für Funktechnik und arbeitete in Berlin-Adlershof für verschiedene Sendungen als MAZ-Technikerin. MAZ steht für magnetische Aufzeichnung. Damals gab es den Beruf des Cutters noch nicht, aber natürlich wurden Sendungen und Filme geschnitten und montiert, bevor es „MAZ ab“ hieß. Das hat Petra Pietsch gemacht, es war ihr Traumberuf. Und weil sie gut war und besser werden wollte, hing sie noch ein Studium der Elektrotechnik und

„MAZ ab!“, hieß es früher. Heute bedient Petra Pietsch beim Parlamentsfernsehen hochmoderne Übertragungstechnik.

Elektronik dran. Da waren die zwei Kinder schon auf der Welt und die wohl beliebteste Sendung des DDR-Fernsehens hieß „Ein Kessel Buntes“.

Nach dem Studium ging Petra Pietsch wieder zurück nach Adlershof, wurde Schichtleiterin, erlebte noch Geburt und Aufstieg des Jugendfernsehens der DDR und blieb bis 1991. Sie war bestens ausgebildet für die neuen Zeiten, aber erst einmal wurde sie, wie das ganze DDR-Fernsehen, abgewickelt. Die Welt hatte sich mehr als einmal gedreht. Petra Pietsch machte das Beste daraus und eine Fortbildung zur Cutterin. Als sie fertig war, stand eine Stellenanzeige in der Zeitung. Gesucht wurde ein Produktionsingenieur für das Bundestagsfernsehen. In Bonn. Das war 1993 und Petra Pietsch dachte: „Das klingt doch, als wäre es was für mich.“

Noch kurz zuvor gab es im Bonner Plenarsaal nur eine fest installierte Kamera, die war auf das Rednerpult gerichtet und zeichnete jedes dort gesprochene Wort auf. Petra Pietsch kam mitten in die Aufbauphase des richtigen Bundestagsfernsehens. Ein Schnittplatz wurde installiert, mehr Kameras kamen in den Plenarsaal, bewegliche Kameras, die mehr Bilder lieferten und von der Regie aus mit Joysticks bedient werden konnten. Man konnte nun auch das Plenum sehen, die Regierungsbank, die Besucher. Aufbaujahre seien immer gute Jahre, sagt Petra Pietsch. Als sie nach Bonn ging, war schon klar, dass sie wieder zurückkommen würde nach Berlin. Gut so, denn sie ist Brandenburgerin, in Kyritz geboren.

1996 kam Matthias Ebert als 29-Jähriger in den Deutschen Bundestag nach Bonn. Im Referat für Konferenztechnik sorgte er unter anderem dafür, dass die Abgeordneten im Plenarsaal zu hören waren, wenn sie das Wort ergriffen. Matthias Ebert ist in Goslar aufgewachsen und wie Petra Pietsch hat er seinen Wunschberuf erlernt: Facharbeiter für Radio- und Fernsehetechnik. In den ersten Jahren nach der Ausbildung hat er Fernseher und Radios repariert. Dann folgte eine Ausbildung zum Ingenieur für Fernsehetechnik an der Fachhochschule in Wiesbaden. Matthias Ebert wurde Fachmann für Übertragungstechnik. Das ist einer, der dafür sorgt, dass die Bilder ins Wohnzimmer kommen. Auch er hatte sich 1996 auf eine Stellenanzeige des Bundestages beworben und es nicht bereut, als es dann so schnell klappte.

Im Jahr 1999 wurde sein erstes Kind geboren und seit Dezember 2000 arbeitet er beim Parlamentsfernsehen. Nun ist er in einem der modernsten Studios der Hauptstadt und macht Fernsehen auf vier Kanälen.

Der erste Kanal wird ständig bespielt. In Sitzungswochen mit der Übertragung von Plenardebatten, Ausschusssitzungen oder öffentlichen Anhörungen, sonst mit Wiederholungen. Dieser Kanal, den alle Abgeordneten und Mitarbeiter des Bundestages in ihren Büros empfangen, der über große Leinwände in den Häusern des Bundestages flimmert, wird ins Kabelnetz der Telekom eingespeist und geht per Bund TV über Satellit.

Parlamentsfernsehen ist Dienstleistung für die Abgeordneten, die

Matthias Ebert hat im TV-Studio des Bundestages alles im Griff. Unten: behutsame Kameraführung mit dem Joystick.

Ausschüsse und die Fraktionen. Abgeordnete können kommen und sagen, diese und jene Sitzung, Anhörung, Veranstaltung soll übertragen werden. Viele Räumlichkeiten in den Häusern des Bundestages sind mit entsprechender Technik ausgerüstet, entweder komplett mit Kameras oder zumindest mit den notwendigen Anschlüssen.

Arbeiten wie im Raumschiff

Vier Kanäle gibt es, in die eingespeist werden kann, das bedeutet, es gibt vier Regieräume. Ein solcher Regieraum ist mindestens genauso beeindruckend wie das Studio. Meterlange Schaltpulte, dutzende Monitore an der Wand, Bildmischer, Schriftgeneratoren, Bildspeicher, digitale Effektgeräte.

In einem Regieraum sitzt man wie in einem Raumschiff. Petra Pietsch und Matthias Ebert bewegen sich hier wie andere wahrscheinlich am heimischen Herd. Sie wissen, was nach jedem Knopfdruck passiert, können behutsam mit dem Joystick die Kameras führen, erklären, was dieses und jenes bedeutet und wofür ein Gerät da ist.

Alles, was hier aufgezeichnet wird, geht ins Archiv des Bundestages, hunderte, tausende Stunden Material lagern dort. Eine Abgeordnete könnte darum bitten, ihre erste Rede im Deutschen Bundestag als Kopie zu bekommen oder die Aufzeichnung einer ganzen Plenardebatte. Jeder Schatz kann gehoben werden. Das gilt



auch für professionelle Anbieter, die Sendungen produzieren und dafür Bild- und Tonmaterial brauchen. Wenn sie wollen, können sie es haben – so wird Dienstleistung verstanden. Es gibt einen Vertrag mit dem Studio Berlin-Adlershof, um verschiedene Sendeformate in den Räumen des Parlamentsfernsehens aufzuzeichnen. Und wer auf die Homepage des Bundestages geht, kann sich das Programm der Web-TV-Übertragungen anschauen und Material bestellen. Zum Beispiel das im Studio geführte „Streitgespräch Blickpunkt Bundestag“.

Petra Pietsch und Matthias Ebert sind stolz auf alles. Sie haben die Abläufe mitgestaltet, die Ausstattung und die technische Qualität der Angebote mitbestimmt. Auch wenn die Aufgaben in Sitzungswochen immer ähnlichen Plänen folgen, sind doch die Inhalte immer neu und die Anforderungen wachsen und die Möglichkeiten auch. Außerdem mache es, so sagen beide, großen Spaß, in einem kleinen, aber netten und sehr professionellen Team zu arbeiten, das aus ihnen, Andreas Bansen, Rainer Miericke und Frank Ziegenbein bestehe und bestens aufeinander eingespielt sei.

Das alles war zu Zeiten, als die beiden noch in den unterschiedlichen Teilen des Landes vor dem Fernseher gesessen haben, nicht vorstellbar. Da guckte die eine am liebsten die samstägliche Kindersendung mit Professor Flimmrich, mochte Pittiplatsch und Schnatterinchen, während der andere auf Pan Tau stand und die Kinderserie „Wickie und die starken Männer“ liebte. Und niemand konnte ahnen, dass beide irgendwann einmal zusammen Fernsehen machen.

i Parlamentsfernsehen im Internet: www.bundestag.de/bic/webTVLink.html





Von den Galerien aus kann man auf die Lernenden, die Lesenden, die Neugierigen schauen. Auf gehütetes Wissen, das gesammelt, katalogisiert, gepflegt, archiviert wird. Alles, alles hat seinen Zweck in diesem hohen, lichten Raum, über dem in einem Blau so schön wie der tollste Himmel eine Inschrift im Kreis läuft. Jeder Kugelschreiber passt zum Ambiente und befindet sich am rechten Fleck, jede Arbeitsfläche macht Sinn genau da, wo sie ist. Holz in warmem Braun, Leder in stilvollem Schwarz, Metall in kühlem Grau, Licht in sanftem Gelb – die Komposition setzt sich aus wohldurchdachten Einzelheiten zusammen und gibt am Ende ein harmonisches Spiel von Dingen und Farben. Wer hier einmal ist, wird wiederkommen. In die Parlamentsbibliothek im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Die schönste von allen. Das ist gewiss.



Die Bibliothek

Sie ist die schönste von allen. Diese prachtvolle Rotunde, die sich in fünf Ebenen gliedert, voller Schätze und Kostbarkeiten. Jede Ebene eine eigene Welt mit Einblicken und Aussichten, Angeboten für Aufregung und Ruhe.



HÄUSER
UND RÄUME

4

Text: Kathrin Gerlof,
Fotos: studio kohlmeier



Starke Schultern? Immer mehr alte Menschen müssen von immer weniger jungen versorgt werden.

Forum: Rente und Demografie

Balanceakt für die gesetzliche Rente

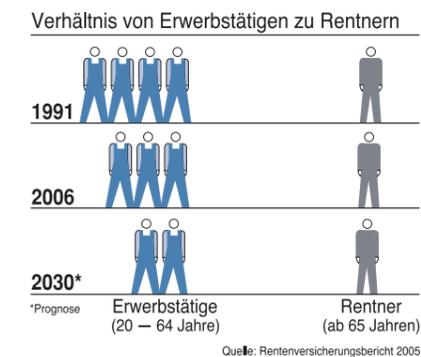
Die Deutschen leben immer länger. Was eigentlich eine gute Nachricht ist, wird jedoch für die gesetzliche Rentenversicherung zum Problem. Ohne Reformen wird das heutige System nicht mehr in der Lage sein, ein ausreichendes Einkommen im Alter zu sichern. Dabei spielt nicht nur die längere Lebenserwartung eine Rolle, sondern auch der Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und die niedrige Geburtenrate. Experten und Politiker sind sich einig, dass schon jetzt gehandelt werden muss, auch wenn die Schwierigkeiten erst in einigen Jahren akut werden.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Eckpfeiler des deutschen Sozialstaats. Die Grundlagen wurden bereits vor mehr als 100 Jahren gelegt. Damals wurde auf Initiative von Reichskanzler Bismarck das erste kollektive Altersvorsorgesystem in Deutschland eingerichtet. Finanziert wurden die Renten schon damals durch Beiträge, von denen die Hälfte der Versicherte und die andere Hälfte der Arbeitgeber zahlt, sowie durch einen Zuschuss des Staates. Die Zahlungen für die Rentner waren allerdings sehr gering und konnten nur als Ergänzung zum Lebensunterhalt dienen.

Das ändert sich 1957. In einer weit reichenden Rentenreform wird das System grundlegend umgestellt: Kernstück ist die Einführung der „dynamischen Rente“. Seitdem folgen die Rentenanwartschaften und Rentenbezüge der Einkommensentwicklung. Dadurch soll nicht nur der während des Arbeitslebens erreichte Standard aufrechterhalten werden. Die Rentnerinnen und Rentner sollen auch an

Produktivität, Fortschritt und an dem laufenden Einkommenszuwachs der aktiven Beschäftigten beteiligt werden. Die Rente erhält so die Funktion eines Lohnersatzes. Außerdem wird 1957 in einem „Generationenvertrag“ das Prinzip der Umlagefinanzierung eingeführt: Die aktiv Beschäftigten zahlen Beiträge, die fast umgehend an die Rentner wieder ausgezahlt werden. Zudem beteiligt sich der Staat mit Steuermitteln. Einen Kapitalstock gibt es nicht mehr.

Die persönliche Anwartschaft auf eine Rente erwirbt sich der Versicherte aber bis heute durch die Höhe und die Dauer seiner Beitragszahlung. Während seines Arbeitslebens sammelt er Entgeltpunkte. Dabei bedeutet ein Punkt, dass für ein Jahr Beiträge auf Basis des Durchschnittseinkommens gezahlt werden. Bei einem höheren oder einem niedrigeren Einkommen fällt der Wert höher beziehungsweise niedriger aus. Wenn der Versicherte in Rente geht, wird die Zahl der Entgeltpunkte mit dem dann aktuellen Rentenwert multipliziert. Derzeit beträgt



dieser Rentenwert in den alten Ländern 26,13 Euro und 22,97 Euro in den neuen Ländern. Der beispielhafte „Eckrentner“, der 45 Jahre Beiträge auf ein Durchschnittseinkommen bezahlt hat, würde gegenwärtig im Westen eine Rente von 1.175,85 Euro erhalten.

Demografischer Wandel

Das Umlagesystem lebt davon, dass es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern gibt. Das war 1957 gegeben, weil damals etwa fünf Beitragszahler für einen Rentner aufkamen. Heute ist



Länger leben – länger arbeiten

Ralf Brauksiepe, CDU/CSU

In Deutschland sind derzeit rund fünf Millionen Männer und Frauen arbeitslos, davon sind über ein Viertel 50 Jahre alt und älter. Angesichts dieser bedrückenden Zahl habe ich großes Verständnis für die Sorgen der Menschen im Zusammenhang mit der Debatte um eine Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre. Allerdings ist das Vorhaben angesichts der künftigen demografischen Entwicklung unumgänglich.

Die Lebenserwartung und damit die Rentenbezugsdauer steigen kontinuierlich an. Von 1960 bis heute ist die durchschnittliche Rentenbezugsdauer um 70 Prozent angestiegen, von damals zehn Jahre auf heute 17 Jahre. Bis zum Jahr 2030 wird die durchschnittliche Lebenserwartung mindestens um weitere 2,5 Jahre ansteigen. Wenn die Menschen länger leben, müssen sie auch länger arbeiten, so das nüchterne Fazit.

Allerdings ist auch klar, dass die Anhebung der Altersgrenze Hand in Hand gehen muss mit einer spürbaren Verbesserung der Arbeitsmarktchancen älterer Beschäftigter. Dazu ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen erforderlich: Anfangen von der Beseitigung von Fehlanreizen zur Frühverrentung bis zur Verbesserung der Eingliederungsmaßnahmen und der Weiterbildung für Ältere. Die Beschäftigungsquote von über 55-Jährigen in Deutschland beträgt derzeit rund 42 Prozent. Zwar liegt Deutschland damit im europäischen Mittelfeld. Gegenüber den skandinavischen Ländern besteht aber noch enormer Nachholbedarf.



ralf.brauksiepe@bundestag.de
www.ralf-brauksiepe.de

das Verhältnis auf rund drei zu eins gesunken. In etwa 50 Jahren wird ein Beitragszahler für einen Rentner aufgenommen müssen. Ursache für diese Entwicklung ist unter anderem die steigende Lebenserwartung. Sie ist seit 1950 bei neugeborenen Jungen um rund elf Jahre auf aktuell 75,9 Jahre gestiegen, bei Mädchen um 13 Jahre auf 81,5 Jahre.

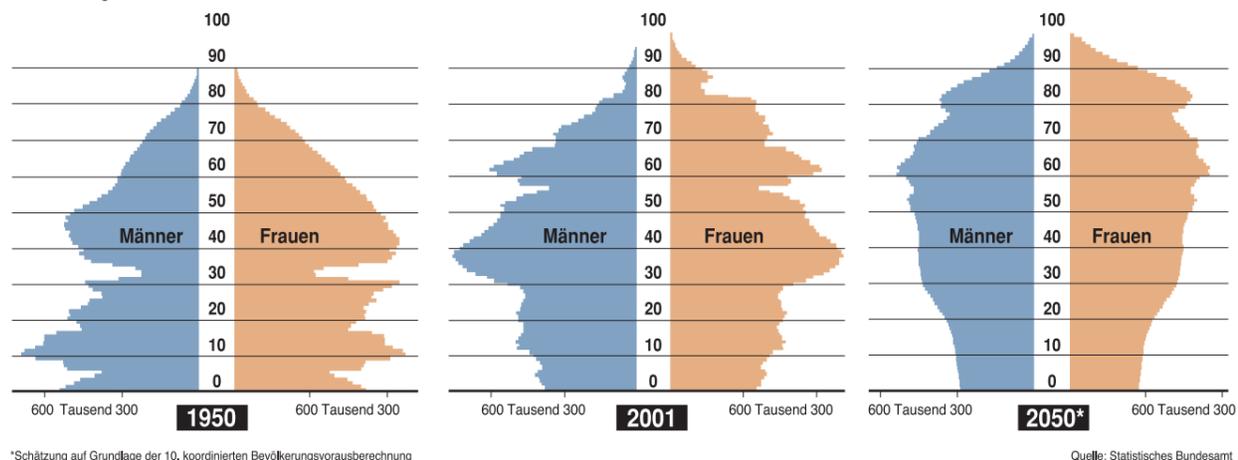
Eine 65-jährige Frau kann heute davon ausgehen, noch weitere 22,6 Jahre zu leben – das sind sechs Jahre mehr als noch vor 20 Jahren. Für die Rentenversicherung bedeutet das, dass sich die Dauer des Rentenbezugs stark verlängert hat, nämlich in den letzten 40 Jahren um sieben auf 17 Jahre. Und sie wird weiter wachsen. Denn nach Schätzungen steigt

die Lebenserwartung bis zum Jahr 2030 bei 65-jährigen Männern und Frauen um weitere drei Jahre.

Abzulesen ist diese Entwicklung unter anderem am Beitragssatz. Während er zwischen 1957 und 1967 noch 14 Prozent betrug, kletterte er Ende der 90er Jahre auf über 20 Prozent. Die damalige Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP unter Kanzler

Alterspyramide

Veränderung der Altersstruktur in Deutschland von 1950 bis 2050*



*Schätzung auf Grundlage der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt



Generationenvertrag bleibt

Elke Ferner, SPD

Wir müssen heute die Weichen stellen, um die demografischen Herausforderungen von morgen und übermorgen bewältigen zu können. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf das vollendete 67. Lebensjahr ist keine „Herzensangelegenheit“ der SPD. Sie geht auf eine Forderung von CDU/CSU zurück, die sich dafür einsetzte, dass diese Regelung in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.

Die Erhöhung ist aber vertretbar, da die Menschen nicht nur länger leben, sondern eben auch länger gesund, aktiv und leistungsfähig sind. Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren die Zeitspanne, in der die Menschen erwerbstätig waren, deutlich verkürzt hat: Im Durchschnitt fand der Eintritt in das Berufsleben mit 21 Jahren statt – und mit durchschnittlich 60,8 Jahren fand der Eintritt in den Ruhestand statt.

Die gesetzliche Anhebung der Regelaltersgrenze darf dabei nicht isoliert betrachtet werden: Von entscheidender Bedeutung ist es nun, dass durch verbesserte Bedingungen am Arbeitsplatz, einen Mentalitätswechsel in den Führungsetagen und einen generellen Anstieg der Beschäftigung die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tatsächlich bis zum Renteneintritt im Betrieb verbleiben können.

Wenn dies gelingt und außerdem die Frauenerwerbsquote deutlich gesteigert werden kann, sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialversicherungen zu bewältigen – von einem „Strukturproblem des Rentensystems“ kann daher nicht gesprochen werden.

Der Generationenvertrag ist und bleibt das tragende Prinzip für die gesetzliche Altersvorsorge, die in Zukunft jedoch durch betriebliche und private Vorsorge ergänzt werden muss.

elke.ferner@bundestag.de
www.elke-ferner.de

Helmut Kohl versuchte, diese Entwicklung zu stoppen. Sie führte einen „demografischen Faktor“ ein, der das ungünstigere Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern berücksichtigte. Im Ergebnis sollten die Renten langsamer steigen als Löhne und Gehälter. Die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder setzt diese Stabilisierungsmaßnahme zunächst aus, führt später aber mit dem „Nachhaltigkeitsfaktor“ eine ähnliche Regelung ein. Zudem etabliert sie die „Riester-Rente“, eine staatlich geförderte, private Altersvorsorge.

Aufgrund der schlechten Konjunkturentwicklung nach 2001, die zu einer schwierigen Finanzsituation der Rentenkassen führte, wurden weitere kurzfristige Einschnitte umgesetzt. So mussten die Rentner 2004 und 2005 ohne Rentenerhöhung auskommen. Bei Hochschulabsolventen wurde die bisherige Anrechnung von Studienzeiten gestrichen. Zudem nahm die rot-grüne Bundesregierung die Praxis der Frühverrentung ins Visier: Ziel war es, den Abstand zwischen dem



Hand in Hand in die Zukunft. Was wird aus dem Generationenvertrag?

gesetzlichen Renteneintrittsalter von heute 65 Jahren und dem tatsächlichen Renteneintritt zu verkürzen. Dieser liegt bei der Altersrente bei Frauen und Männern im Schnitt bei fast 63 Jahren, bei Erwerbsminderungsrenten bei 50 Jahren – das durchschnittliche Renteneintrittsalter ist also zusammengekommen etwa 61 Jahre.

Frührente und Renteneintritt

Dazu wurde der früheste mögliche Zeitpunkt, an dem männliche Versicherte eine Altersrente bekommen können, von 60 auf 63 Jahre angehoben. Die Altersrente für Frauen ist noch ab 60 möglich, aber nur noch mit Abschlag. Allerdings hat das kaum nachhaltige



Gesamtkonzept ist notwendig

Heinrich Kolb, FDP

Die Strukturprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung – steigende Zahl von Rentnern bei längerer Lebenserwartung, Wegbrechen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und hohe Ausgaben für versicherungsfremde Leistungen – lassen sich nur mit strukturellen Reformen in der Wirtschafts- und Rentenpolitik lösen. Die Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre wird als isolierte Maßnahme die Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung nicht lösen. Die Anhebung des Renteneintrittsalters mit der geplanten Sonderregelung für langjährig Beschäftigte bringt den Rentenkassen nur eine Entlastung in Höhe von 0,4 Beitragspunkten. Angesichts der Tatsache, dass nach geltender Rechtslage der Beitragssatz auf über 22 Prozent ansteigen soll, ist das nicht ausreichend.

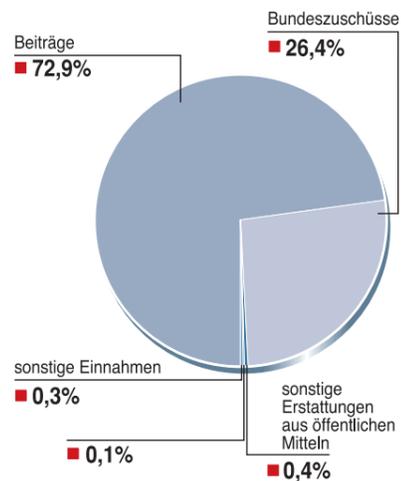
Im Gegenteil wirft die isolierte Anhebung des Renteneintrittsalters Fragen der Generationengerechtigkeit auf. Die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre stellt für die aktiven Erwerbstätigen (insbesondere ab Jahrgang 1964) eine erhebliche zusätzliche Belastung dar. Sie werden nicht nur, wie bereits heute geplant, höhere Beiträge zahlen müssen, sondern zudem länger im Berufsleben stehen und dennoch geringere Rentenansprüche erwerben. Zudem gibt es nicht ausreichend Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer. Derzeit sind gerade einmal 39 Prozent der über 55-Jährigen noch in einer Beschäftigung. Wird dies nicht deutlich verbessert, läuft die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf vermehrten Zwangsvorruhestand hinaus, verbunden mit Rentenkürzungen. Die Regierung ist aber nicht zu solchen Maßnahmen, etwa der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bereit.

Die gesetzliche Rentenversicherung braucht ein Gesamtkonzept, dessen Eckpfeiler ein massiver Ausbau der privaten und betrieblichen Altersvorsorge sein muss. Wesentlich ist darüber hinaus eine Belebung am Arbeitsmarkt, um den Schwund sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zu stoppen.

heinrich.kolb@bundestag.de
www.heinrich-kolb.de

Rentenfinanzierung

Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland im Jahre 2004



Quelle: Rentenversicherungsbericht 2005

Auswirkungen auf den Beitragssatz. Denn ein früherer Rentenbeginn ist stets mit einem Abschlag von 3,6 Prozent pro Jahr verbunden. Dieser Abschlag gleicht nach Ansicht von Experten die längere Bezugsdauer der Rente korrekt aus. Für die Rentenversicherung

ist es daher finanziell weitgehend unerheblich, ob ein Versicherter mit 65 Jahren ohne Abschlag oder mit 64 Jahren mit Abschlag in Rente geht.

Von Bedeutung ist dagegen, wie hoch das gesetzliche Renteneintrittsalter ist. Eine Erhöhung sorgt dafür, dass die durchschnittliche Dauer des vollen Rentenbezugs wieder verkürzt wird. Das würde die Rentenkassen entlasten. Die Große Koalition aus Union und SPD will jetzt das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre anheben. Begonnen wird mit dem Jahrgang 1947. Wer in diesem Jahr geboren wurde, kann nicht mehr mit 65 Jahren in Rente gehen, sondern erst mit 65 Jahren und einem Monat. Der Jahrgang 1964 ist der erste, für den die Rente mit 67 gilt.

Kritiker sehen das als faktische Rentenkürzung. „Die Rente mit 67 läuft angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation auf eine reine Rentenkürzung hinaus“, beklagt etwa der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer. Er argumentiert, wer als älterer



Franz Müntefering (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Arbeitnehmer keinen Job mehr findet und beispielsweise mit 65 in Rente geht, müsse künftig hohe Abschläge hinnehmen. Allerdings: Wer 45 Jahre lang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll weiter mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

Kinderlose im Vorteil

Durch die Rente mit 67 wird allerdings ein zweites Problem für die Rentenversicherung nicht gelöst: In Deutschland werden zu wenig Kinder geboren – oder aus Sicht der Rentenversicherung zu wenig Beitragszahler. Die Geburtenrate hat sich seit den sechziger Jahren auf einen Wert von etwa 1,3 Geburten je Frau eingependelt, zum Erhalt der Bevölkerung ist aber eine Rate von 2,1 erforderlich. Nach Ansicht der „Rürup-Kommission“, die die rot-grüne Bundesregierung zu Fragen der nachhaltigen Finanzierung der Sozialsysteme beraten hatte, ist eine Steigerung der Geburtenrate sogar noch wichtiger als eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Langfristig sei ihr das „größere Gewicht“ beizumessen, heißt es in dem 2003 veröffentlichten Bericht.

Zwar hat die schwarz-rote Bundesregierung in ihrem Wachstumspaket eine Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten beschlossen und plant die Einführung eines einkommensabhängigen



Ohne Nachwuchs ist die Rente im Alter nicht gesichert.

Elterngeldes. Wissenschaftler wie der Demografieexperte Herwig Birg halten das aber längst nicht für ausreichend. Sie fordern, auch in der Rentenversicherung deutlich zu machen, wie wichtig Kinder sind. Schon das Verfassungsgericht habe deutlich gemacht, dass es neben der reinen Beitragszahlung eine im Wert gleichberechtigte Leistung gebe, nämlich eine generative Leistung der Eltern, argumentiert der Wissenschaftler.

„Damit sind Kinderlose im heutigen Rentensystem deutlich im Vorteil“, kritisiert Birg. Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, hat deshalb schon vor einigen Jahren einen radikalen Vorschlag gemacht: Er plädiert dafür, nur noch Versicherten mit Kindern die volle Rente zu zahlen. Bei Kinderlosen sollte die Rente dagegen auf die Hälfte gekürzt werden.

Text: Timot Szent-Ivanyi



Verdeckte Rentenkürzung

Volker Schneider, Die Linke.

Wo immer die Zukunft der Rentenversicherung thematisiert wird, steht sogleich das Menetekel der Vergreisung der Gesellschaft im Raum. Dabei ist für die aktuelle Finanzsituation der Rentenversicherung nicht die viel beschworene demografische Entwicklung entscheidend. Verantwortlich hierfür ist vielmehr der Rückgang der Reallöhne in den letzten zehn Jahren, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu Gunsten so genannter Minijobs. Die Probleme sind also hausgemacht und haben nichts mit der demografischen Entwicklung zu tun.

Derzeit liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei nur 60,2 Jahren. Bevor hier das Mindestalter auf 67 Jahre heraufgesetzt wird, wäre es angezeigt, die Praxis der Frühverrentung als Mittel von Sozialplänen zu stoppen, um so zunächst das tatsächliche Rententalter anzuheben. Die jetzt vorgesehene Heraufsetzung des Rententalters auf 67 Jahre kann aufgrund der hinzunehmenden Abschläge bei früherem Renteneintritt nur als eine verdeckte Rentenkürzung bezeichnet werden. Die bestehenden strukturellen Probleme der Rentenversicherung werden so allerdings nicht gelöst. Stattdessen müssen sich diejenigen verschaukelt vorkommen, denen eine längere Lebensarbeitszeit verordnet wird, obwohl sie mit 50 oder 55 Jahren aus ihrem Job gedrängt werden, um jüngeren Platz zu machen.

Wenn dagegen die gesetzliche Rente auch weiterhin vor Altersarmut schützen soll, dann heißt verantwortungsvolle Politik, wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, gerade für Ältere. Auch die Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten: Es ist nicht weiter hinzunehmen, dass viele Unternehmen sich auf Kosten der Älteren und des Sozialstaats entlasten.

volker.schneider@bundestag.de
www.linksfraktion.de



Arbeitschancen für Ältere

Irmgard Schewe-Gerigk, Bündnis 90/Die Grünen

irmgard.schewe-gerigk@bundestag.de
www.schewe-gerigk.de

Die Erhöhung des Rentenalters reagiert darauf, dass die Menschen heute erfreulicherweise älter werden und durchschnittlich 17 Jahre lang Rente beziehen, früher waren es nur sechs Jahre. Heute kommen zwei Erwerbstätige für einen Rentner auf. Ohne höhere Geburtenraten und längere Lebensarbeitszeit würde sich das Verhältnis aus demografischen Gründen auf eins zu eins im Jahre 2050 verändern. Die Rente mit 67 wird von uns Bündnisgrünen aus diesen Gründen befürwortet. Durch die schrittweise Erhöhung des Rentenalters ab 2012 können wir eine ausgewogene Balance von Beitragsbelastung der Erwerbstätigen und staatlichen Ausgaben für die Renten erreichen.

Dies setzt allerdings eine deutlich bessere Integration von Älteren in den Arbeitsmarkt voraus. Alles andere führt zu Rentenkürzungen. Das Rententalter für den Bezug von Altersrente ist seit 2004 das erste Mal wieder leicht gestiegen, auf durchschnittlich 63,3 Jahre. Davor war zwischen 1970 und 2000 ein steter Rückgang des Rentenzugangsalters vor allem bei den Männern zu verzeichnen. Frühverrentung, Altersteilzeit und hohe Arbeitslosigkeit von älteren Beschäftigten haben dazu geführt, dass heute nur noch rund 40 Prozent der über 55-Jährigen am Erwerbsleben teilhaben. In jüngster Zeit schließen Großunternehmen erneut Auflösungsverträge mit älteren Beschäftigten und schicken sie vermehrt in Altersteilzeit. Dies belastet aktuell die sozialen Sicherungssysteme.

Bereits unter Rot-Grün wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen, die den Verbleib von Älteren im Arbeitsmarkt unterstützen sollen. Gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden wurden Projekte durchgeführt, um die Chancen von Älteren am Arbeitsmarkt zu verbessern. Bisher haben große Unternehmen keine Änderung ihrer Strategie erkennen lassen. Von der großen Koalition erwarten wir, dass sie dies gegenüber der Wirtschaft einfordert.



D E B A T T E

Was sind uns unsere Werte wert? Wie gehen wir mit den Überzeugungen um, die uns in Europa und in Deutschland prägen und das Fundament unserer Gesellschaft bilden? Diese Fragen stellen sich angesichts einer globalisierten Welt, in der Religionen und Kulturen zum Mittel oder zum Auslöser von Konflikten werden

können, und in einem Deutschland, in dem rund 14 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund haben. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU/CSU) und die Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, diskutieren im Streitgespräch von BLICKPUNKT BUNDESTAG.



Streitgespräch: Leitkultur

Das Gespräch führte Sönke Petersen. Fotos: Photothek

Claudia Roth, Jahrgang 1955, bildet als Bundesvorsitzende gemeinsam mit Reinhard Bütikofer die Doppelspitze der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Die Theaterwissenschaftlerin, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, ist über die Landesliste Bayern gewählt worden. claudia.roth@bundestag.de
www.claudia-roth.de

Norbert Lammert, Jahrgang 1948, wurde von den Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestages zum Bundestagspräsidenten gewählt. Seit 1980 ist der promovierte Sozialwissenschaftler aus Bochum für die CDU/CSU-Fraktion Abgeordneter des Deutschen Bundestages. norbert.lammert@bundestag.de
www.norbert-lammert.de

Was sind uns unsere Werte wert?

Blickpunkt Bundestag: Frau Roth, hat sich Multikulti überlebt? Stehen wir auf den Trümmern einer falsch verstandenen Liberalität gegenüber anderen Kulturen?

Claudia Roth: Die multikulturelle Gesellschaft hat sich natürlich nicht überlebt. Sie ist Realität, ob es uns gefällt oder nicht. Wir leben in einem Land mit Millionen Menschen unterschiedlicher Religionen und unterschiedlicher kultureller Backgrounds. Ich finde, unsere Aufgabe ist es nicht, das Scheitern zu beschreiben, sondern diese Realität in eine multikulturelle Demokratie zu führen. Und da heißt die entscheidende Herausforderung: Integration.

Norbert Lammert: Aber wir dürfen nicht übersehen, dass sowohl beim angestrebten Integrationsprozess wie beim viel beschworenen Dialog der Kulturen manches schief läuft. Was die Multikulturalität angeht, finde ich das, was Frau Roth gesagt hat, zur Hälfte richtig und zur anderen Hälfte gut gemeint. Sicherlich haben wir eine multikulturelle Gesellschaft. Aber mit dem Begriff Multikulturalität war in der Vergangenheit immer mehr gemeint als der schlichte Hinweis auf offenkundige empirische Tatsachen. Er ist zu lange missverstanden worden als die Beliebigkeit in Bezug auf kulturelle Orientierungen und Verhaltensmuster. Man

hat geglaubt, man könne das auf sich beruhen lassen und abwarten, wie sich das in einer wundersamen Weise wechselseitig ergänzt. Aber wir haben inzwischen bittere Erfahrungen gemacht, dass sich neben Bereicherungen auch Konflikte ergeben.

Blickpunkt: Kann man die zunehmende Fundamentalisierung von Religionen, vor allem des Islam, und die mangelnde Integration bei uns mit der gleichen Brille sehen? Haben die etwas miteinander zu tun?

Roth: Ich würde das gerne trennen. Die Frage, wie Religionen für politische Stimmungen missbraucht werden, wie es etwa beim Karikaturen-Streit der Fall war, ist wirklich gefährlich. Denn hier werden im Namen einer Religion ganz andere Interessen verfolgt. Ich muss aber als leidenschaftliche Demokratin und Verfechterin von Meinungs- und Pressefreiheit auch Dinge aushalten, die ich für geschmacklos und provokant halte – und das waren einige dieser Karikaturen ganz sicher. Die andere Frage ist, wo sind bei uns Defizite entstanden? Ich teile nicht die Auffassung des durchaus verehrten Herrn Bundestagspräsidenten, dass meine Position nur gut gemeint ist. Sie ist geprägt von der Überzeugung, dass wir die unterschiedlichen Kulturen

demokratisch gestalten müssen. Und dazu müssen wir als Aufnahmegesellschaft integrationsbereit sein. Dass etwa die Bayerische Staatsregierung noch immer meint, Deutschland sei kein Einwanderungsland, ist doch verräterisch. Natürlich sind wir das! Und ich finde diese Vielfältigkeit auch spannend und aufregend, auch wenn es nicht nur schöne Seiten, sondern auch Konflikte gibt.

Lammert: Beim Karikaturen-Streit sind Frau Roth und ich nahe beieinander. Allerdings hat sowohl die nach meinem Eindruck gelegentlich hilflose Debatte in Deutschland wie auch die bemerkenswert gesteuerte Reaktion in islamisch geprägten Ländern deutlich gemacht, dass es hier eben grundlegend unterschiedliche Vorstellungen von Meinungsfreiheit, von Toleranz, von Religionsfreiheit gibt. Das sollten wir festhalten. Zur Lage bei uns: Ich komme aus dem Ruhrgebiet, einer Region, die überhaupt erst durch Migration entstanden ist, zunächst von Zuwanderern aus Osteuropa, später von Migranten aus dem Mittelmeerraum und der Türkei. Im Ruhrgebiet können wir Glanz und Elend von Integrationsprozessen beobachten. Dazu gehört, dass diese verschiedenen kulturellen Herkunftsebenen sowohl eine erhebliche Bereicherung sind, auf die auch ich

nicht verzichten möchte, als auch gelegentlich heftige Probleme schaffen. Leider haben wir für den lange übersehenen und verdrängten Konflikte in der Vergangenheit keine hinreichend überzeugenden Konzepte entwickelt.

Roth: D'accord. Wir selber waren es, die mit der Lebenslüge, Deutschland sei kein Einwanderungsland, die notwendige Integration verweigert haben. Ein Beispiel aus jüngsten Tagen: Ich war gerade in einer Moschee in Offenburg. Da waren sehr glückliche Menschen, weil ihnen nach jahrelangen Auseinandersetzungen endlich auf dem Offenburger Friedhof ein Waschraum für rituelle Waschungen eingerichtet worden ist. Daraus wird für mich deutlich: Viele Offizielle bei uns haben immer noch die Gastarbeitersicht der sechziger Jahre im Kopf: Gastarbeiter kommen, gehen aber auch wieder. Dabei will die Mehrheit der heutigen Migranten doch bei uns bleiben, Teil unserer Gesellschaft werden.

Blickpunkt: Wie verträgt sich diese Sicht mit dem ja nicht zu leugnenden Befund zunehmender Parallelgesellschaften vor allem bei Migranten mit muslimischem Hintergrund?

Lammert: Ganz offenkundig ist einer der erklärenden Aspekte, dass die erste Migration für alle Beteiligten – für

20 Jahre nach Tschernobyl

Ein Essay von Lothar Hahn

die, die kamen, wie für die, die da waren – einfacher war, weil es den gleichen kulturellen Kontext gab, während folgende schwieriger waren, weil man sich wechselseitig mit unterschiedlichen Herkunftswelten strapaziert hat. Frau Roth, Ihr Offenburger Beispiel ist schön, aber doch nicht unser Problem. Denn in der Vergangenheit ist doch den Menschen die Verfolgung ihrer eigenen kulturellen Orientierungen nicht verwehrt worden. Wir haben in Deutschland etwa 3.000 Moscheen! Das Problem ist genau umgekehrt: Wir haben mit der Gewährung einer ganz selbstverständlichen Liberalität für unterschiedliche Religionen und Überzeugungen die gleichzeitige Aufgabe vernachlässigt, dass es daneben eine Verständigung über gemeinsame verbindliche Orientierungen geben muss.

Roth: Ihre Meinung stimmt nicht mit den Realitäten überein. Erst jetzt fangen wir an, uns auf dauerhafte Integration einzustellen. Deshalb begrüße ich auch, was Sie, Herr Präsident, kürzlich gesagt haben: Dass wir den Islam einbürgern müssen. Ich glaube nicht, dass wir zu tolerant waren, vielleicht aber ein Stück zu ignorant. Es ist doch in unserem eigenen Interesse, dass der Islam bei uns eine eigene Vertretungsstruktur bekommt, dass Islamunterricht in Schulen – auf Deutsch! – stattfindet, dass Islamlehrer an deutschen Universitäten ausgebildet werden und dass vor allem die deutsche Sprache gelehrt wird. Hier haben wir viel versäumt.

Blickpunkt: Haben wir zu wenig eigene Werte vermittelt – Demokratie, Minderheitenschutz, Frauenrechte, Gleichberechtigung, Aufklärung?

Lammert: Unsere Gesellschaft muss sich in der Tat vorhalten lassen, dass sie manches, was zu ihren Fundamenten gehört, viel zu lange als natürliche Voraussetzung betrachtet hat, mit der treuherzigen Vorstellung, man müsse sich um die Wurzel nicht mehr kümmern, nachdem der Baum so prächtig gediehen sei. Erfreulicherweise kommen wir gerade zu neuen Einsichten. Etwa zu jener, dass mindestens eine gemeinsame Sprache Leitkultur einer Gesellschaft sein muss. Dass auf einem Schulhof im Interesse der Verständigung wie der Integration

deutsch gesprochen werden sollte, ist doch keine autoritäre Zumutung.

Roth: Moment mal, der Streit ging darum, ob per ordre de mufti ein Zwang ausgeübt werden soll, auf dem Schulhof nur noch deutsch zu sprechen. Gegen einen gemeinsamen Beschluss von Lehrern, Eltern und Schülern hat doch niemand etwas. Aber ein Wort zur Leitkultur. Dieser Begriff ist nicht dienlich, wenn man gemeinsame Werte beschreiben will. Denn er unterstellt eine Hierarchisierung der Kulturen, fördert eine Klassifizierung und grenzt damit aus. Das genau ist integrationsfeindlich.

Lammert: Ich halte die Einigung auf den Begriff Leitkultur nicht für dringlich, wohl aber die Debatte darüber. Und schon gar nicht spreche ich von deutscher Leitkultur, sondern von westlicher, europäischer, abendländischer Kultur. Frau Roth, Sie laufen vor den Klarstellungen weg, die wir brauchen. Beispiel: Der Anspruch von Gleichberechtigung von Mann und Frau ...

Roth: Da laufe ich gar nicht weg, sondern stehe ganz vorne bei Ihnen!

Lammert: ... ist kulturell begründet. Der Anspruch auf Dominanz des Mannes gegenüber der Frau, der wiederum kulturell begründet ist, ist in ein und derselben Gesellschaft nicht zu haben. Die strikte Trennung von Staat und Kirche, Politik und Religion ist mit der kulturell begründeten Erwartung, dass göttliches Recht unmittelbar in staatliches Handeln umgesetzt werden müsse, nicht vereinbar und deshalb in unserer Gesellschaft nicht zu tolerieren. Sich widersprechende

Werte können nicht mit dem Hinweis auf Toleranz und kulturelle Aufgeschlossenheit nebeneinander in einer Gesellschaft existieren. Es muss klar sein, was in dieser Gesellschaft gilt. Das gilt auch für den Anspruch auf körperliche Unversehrtheit. Die Vorstellung auf Verstümmelung von Gliedmaßen als staatlich sanktioniertes, religiös begründetes Recht ist in dieser Gesellschaft nicht hinnehmbar. Da hilft es nicht, Vorbehalte gegenüber dem Begriff Leitkultur anzumelden, weil mit dem Begriff angeblich eine Dominanzgebärde verbunden sei.

Roth: Wir sind gar nicht so weit auseinander, nur frage ich umgekehrt: Was ist das Band, das uns verbindet? Das ist das Grundgesetz, der Rechtsstaat, das sind die universellen Menschenrechte. Ebenso deutlich sage ich: Keine Religion, keine Kultur kann für sich in Anspruch nehmen, dass es hiervon Ausnahmen gibt. Aber innerhalb dieses Bandes muss Vielfalt toleriert werden.

Lammert: Weder Gesetze noch unsere Verfassungsordnung fallen vom Himmel. Verfassung ist immer der in förmliches Recht umgesetzte Ausdruck von historischen Erfahrungen, von religiösen Überzeugungen und kulturellen Orientierungen. Einige dieser Zusammenhänge haben wir vielleicht zu lange für zu selbstverständlich gehalten. Vielleicht besteht der Nutzen der gelegentlich schmerzhaften Konfrontation der Kulturen darin, dass wir manches an Zusammenhängen zwischen Kultur und Recht, Geschichte und Verfassung wieder stärker aufarbeiten.

i Reden Sie mit beim Thema „Leitkultur“:

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

Die TV-Aufzeichnung dieses Streitgesprächs kann im Web-TV

des Bundestages angesehen werden: www.bundestag.de/bic/webTVLink.html

Bundestagspräsident Norbert Lammert (links) im Gespräch mit Claudia Roth.



Am 26. April jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 20. Mal. Dieses dramatische Ereignis ist in unseren Köpfen noch immer präsent. Es hat, wie kaum ein anderes, auch in unserem Land gesellschaftliche und technische Prozesse in Gang gesetzt, die heute noch nicht abgeschlossen sind.

Für viele zeigt Tschernobyl die nicht beherrschbaren Risiken der Atomenergie auf. Zur Katastrophe führten im Wesentlichen drei voneinander unabhängige Gründe: Entscheidende physikalische und sicherheitstechnische Eigenschaften des Reaktors (RBMK) waren ungünstig, das Wissen der Betriebsmannschaft über das betriebliche Verhalten des Reaktors war ungenügend und warnende Stimmen aus den eigenen Reihen wurden nicht ernst genug genommen.

Über mehrere Tage konnten radioaktive Substanzen aus dem offenen Reaktorgebäude ungehindert in die Atmosphäre entweichen und über Tausende von Kilometern in Europa niedergehen. Der in relativ kurzer Zeit über den Krater gebaute „Sarkophag“ ist inzwischen brüchig geworden und droht einzustürzen, daher soll ein neuer drübergebaut werden. Die Planungen sollen in Kürze mit finanzieller Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft realisiert werden.

Heute leben viele Bürger, insbesondere in Weißrussland und in der Ukraine, in berechtigter Angst, von der Strahlenkrankheit doch noch eingeholt zu werden. In der Zwischenzeit sind bei den 13 noch betriebenen Anlagen vom Tschernobyl-Typ zwar entscheidende Punkte verbessert worden. Auf ein nach unseren Maßstäben adäquates Sicherheitsniveau lassen sie sich jedoch aus konzeptionellen Gründen nicht nachrüsten.

Was können wir tun? Wir haben bereits eine Menge getan. Vor allem haben wir in diesen Ländern unter anderem durch intensive Schulungen in Seminaren mit dazu beigetragen, eine unabhängige atomrechtliche Aufsicht zu etablieren. Hier haben sich Partnerschaften mit einem gemeinsamen Sicherheitsverständnis herausgebildet.

Aus Sicht der GRS hält Tschernobyl noch immer Lehren bereit: Die gravierenden sicherheitstechnischen Defizite des Tschernobyl-Typs waren den Entscheidungsinstanzen hinlänglich bekannt. Es gab sogar ähnliche Vorfälle, die jedoch glimpflich abliefen. Trotzdem kam es zur Katastrophe. Ungenügender Erfahrungsrückfluss, Überheblichkeit gegenüber frühzeitigen Warnungen und der Vorrang ökonomischer Interessen vor Sicherheitsfragen traten hier offen zu Tage, letztlich Todsünden, die einer hohen Sicherheitskultur entgegenstehen.



Reaktor Tschernobyl.

Es gibt allerdings keinen Grund für Selbstgefälligkeit. Denn ich frage mich ernsthaft, ziehen wir aus den betrieblichen Erfahrungen unserer Kernkraftwerke auch die notwendigen Lehren? Auch bei uns gab und gibt es Hinweise auf Defizite, die nur mühsam behoben werden. Ich erinnere an die spektakuläre Explosion von Wasserstoff in einem deutschen Kernkraftwerk, die hätte verhindert werden können und Gott sei Dank ohne gravierende Folgen blieb. Ich frage mich weiter, ist der Erfahrungsaustausch unter den Betreibern, Gutachtern und Atombehörden in unserem Land so gut organisiert, dass erkannte Schwachstellen in der Technik oder im Management ungeschönt kommuniziert und diskutiert werden, um die Sicherheit weiter zu optimieren? Auf dem Gebiet der Reaktorsicherheitsforschung geht es in Deutschland heute nicht mehr um neue Reaktorentwicklungen, sondern darum, die technischen und physikalischen Phänomene, mit denen wir aus der betrieblichen Erfahrung konfrontiert werden, besser zu verstehen, um Sicherheitsprobleme rechtzeitig lösen zu können.

Darüber hinaus ist es dringend geboten, Schlüsselbereiche der Reaktorsicherheit im Rahmen der Forschung zu fördern. Ich beobachte mit Sorge, dass die Mittel für manche Bereiche kaum ausreichen, den derzeitigen Wissensstand zu erhalten. Von der Öffentlichkeit wird allerdings erwartet, dass die GRS jederzeit über das notwendige Know-how verfügt, technische Sachverhalte richtig und schnell zu analysieren und zu bewerten. Dies ist jedoch nur möglich, wenn das entsprechende Expertenwissen dafür vorgehalten wird.

Tschernobyl hat weltweit Entwicklungen angestoßen mit dem Ziel, Möglichkeiten auszuloten, wie eine Anlage, die in einen Zustand jenseits ihrer sicherheitstechnischen Auslegung gerät, noch sicher abgefangen werden kann. Darüber hinaus hat Tschernobyl gezeigt, dass dem organisatorischen und administrativen Bereich der Reaktorsicherheit der gleiche Rang gebührt wie dem technischen. Infolgedessen fand das Sicherheitsmanagement auch bei uns besondere Aufmerksamkeit.

Dieses kann aber nur funktionieren, wenn die Menschen mit Verantwortung für Sicherheit eine ausgeprägte Sicherheitskultur leben.

Der Physiker Lothar Hahn, Jahrgang 1944, ist wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH.



Der Physiker Lothar Hahn, Jahrgang 1944, ist wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH.

Drei Fragen an Abgeordnete

Herr Hettlich, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Ich verbringe leider nur die Sitzungswochen in Berlin und habe dann auch noch wenig Zeit. Ich gehe daher ganz gerne mit KollegInnen in die Kellerkneipe der Parlamentarischen Gesellschaft, da herrscht immer gute Stimmung und Ossi, die Seele vom Geschäft, muss man einfach kennen gelernt haben.

Worüber haben sie zuletzt gelacht?

Zum einen über die mittlerweile legendäre Rede von Ministerpräsident Edmund Stoiber zum Transrapid. Und dann über unsere Ideen für Pressemitteilungen, die wir am 1. April herausgeben könnten. In der Runde mit meinen Mitarbeitern ist das Brainstorming mitunter sehr heiter. Lassen Sie sich überraschen!

Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Meine Politikfelder Bau, Aufbau Ost und Verkehr nehmen mich schon zu 150 Prozent in Beschlag. Daher komme ich neben der „Pflicht“ kaum zur „Kür“. Neben meinem Schreibtisch steht ein Fernrohr. Zur nächsten Sonnenfinsternis werde ich es auf dem Dach des Jakob-Kaiser-Hauses aufstellen und mit KollegInnen und MitarbeiterInnen die Sonne beobachten.



Peter Hettlich, Bündnis 90/Die Grünen.

Peter Hettlich, Jahrgang 1959, ist Baupolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Welches Buch lesen Sie gerade?

Mich fesselt gerade der Roman „Steilküste“ von Jochen Missfeldt.

Die Fahnenflucht zweier junger Marinesoldaten unmittelbar vor dem Kriegsende 1945 und die damit verbundenen menschlichen Tragödien bestimmen den eindringlichen, den Leser tief berührenden Handlungsprozess.

Jochen Missfeldt, in Angeln, der Landschaft zwischen Flensburger Förde, Schleswiger Schlei, Treene und Sorge, zu Hause, in Nachbarschaft zu Siegfried Lenz, gehört nach dem Urteil der Wochenzeitung „Die Zeit“ zu den großartigen deutschen Schriftstellern. Ursprünglich war er Flieger, Offizier bei der Luftwaffe, anschließend, nach einem Studium, veröffentlichte er 1989 seinen ersten Roman „Solsbüll“. Für sein zweites Werk, den „Gespiegelten Himmel“, erhielt er 2002 den Wilhelm-Raabe-Literaturpreis.



Wolfgang Börnsen, CDU/CSU.

Jochen Missfeldt erzählt in „Steilküste“ von einem historisch belegten Geschehen, dessen Ausgang so unsinnig wie tragisch ist, vor dem Hintergrund der schleswig-holsteinischen Küstenlandschaft, ihrer Menschen und Geschichte, ihrer Eisvögel, Stranddisteln und Knicks. In der poetischen und zugleich kraftvollen Sprache, die zwischen gestern und heute, Dichtung und Wahrheit, privaten und gesellschaftlichen Abgründen subtil gebaute Brücken schlägt, zeichnet er das Bild einer schicksalhaften Tragödie.

Anfang Mai 1945, unmittelbar vor Kriegsende. Zwei junge deutsche Marinesoldaten verlassen im besetzten Dänemark ihre Truppe, weil es sie statt

in den Endkampf um Berlin nach Hause zieht. Schon wenige Stunden später greift die dänische Miliz sie auf und übergibt sie der Wehrmacht. Eingesperrt in einer finsternen Schiffs-kammer unterhalb der Wasserlinie, werden sie in die östlich von Flensburg gelegene Geltiner Bucht gebracht. Dort, in Sichtweite der Ostseesteilküste, stellt man sie vor ein Marinekriegsgericht. Das Urteil, Tod durch Erschießen wegen Fahnenflucht, wird am Tag nach der bedingungslosen Kapitulation gefällt. Nicht nur der Gerichtsvorsitzende, der das umstrittene Urteilspapier noch unterschreiben muss, verbringt eine Nacht ohne Schlaf.

Jochen Missfeldt: „Steilküste. Ein See- und Nachtstück“, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2005, ISBN 3498044931

Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Jahrgang 1942, ist Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien sowie Vorsitzender des Arbeitskreises Küste und der Landesgruppe der CDU Schleswig-Holstein. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien.

Das Parlament in Kinderhand Report: Kindertag im Bundestag



Kinderführung mit Hannelore Fobo vom Besucherdienst.

Baseball-Mützen und Pferdeschwänze, bunte Anoraks und Rucksäcke soweit das Auge blickt – die Kinder haben das Kommando übernommen. Erstklässler drängen sich auf der Freitreppe vor dem Reichstagsgebäude, im Foyer schieben sich 12-jährige in Gruppen an den Sicherheitskontrollen vorbei und auf den Fluren, den Tribünen im Plenarsaal oder oben auf der Glaskuppel sammeln sich Pulks von Grundschulern. Es ist Kindertag im Bundestag. Einen Vormittag lang ist das Parlament in Kinderhand. Alle Führungen durch das Reichstagsgebäude, an denen heute die Sechs- bis 14-jährigen teilnehmen können, sind ausgebucht.

Christopher, Max und Lisa sind drei der rund 1.300 Schüler, die den Bundestag an diesem Montag Mitte März erkunden. Mit ihrer Klasse haben sie sich vor den drei Glastüren versammelt, die direkt in den Plenarsaal führen. Hannelore Fobo vom Besucherdienst des Bundestages zeigt auf drei Worte, die darüberstehen, „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“, und erklärt, wie die Abstimmung per „Hammelsprung“ abläuft. Die sechste Klasse der Grundschule Zernsdorf hat zwar das Fach Politische Weltkunde im Unterricht, doch vom „Hammelsprung“ haben sie noch nichts gehört. Das Wort sorgt natürlich für Heiterkeit.

Mucksmäuschenstill wird die Klasse dagegen, als Hannelore Fobo ihnen die Inschriften der sowjetischen Soldaten zeigt, die sich nach der Besetzung des Reichstages 1945 mit Kohle an einigen Wänden verewigt haben. „Warum hat man das wohl so gelassen?“, fragt sie beim Weitergehen die Gruppe. „Wegen der Geschichte“, antwortet ein Mädchen ebenso prompt wie zutreffend.

Hausaufgaben gemacht?

Der Höhepunkt der Führung ist natürlich der Plenarsaal. „Den Raum mit der fetten Henne“, wie ihn der 12-jährige Rick nennt, finden alle aufregend – und viele Fragen haben sie auch: „Wieso ist der eine Stuhl da höher als die anderen“, will einer der Schüler wissen und zeigt auf den Platz der Kanzlerin. „Wieso gibt es nur bei den vorderen Plätzen Mikrofone?“, fragt ein anderer. „Haben die Politiker, die hinten sitzen, weniger zu sagen?“ Hannelore Fobo hat die Klasse mit auf eine der Besuchertribünen genommen und antwortet geduldig. Sie erklärt, wie Debatten ablaufen und wie sich die Politiker dabei benehmen müssen: „Wer andere beleidigt, kann eine Rüge bekommen“, erklärt sie. Großes Gelächter ertet sie, als sie berichtet, was sich manche Politiker trotzdem im Plenum so zurufen: „Sie haben wohl

ihre Hausaufgaben nicht gemacht!“ Die Schüler kichern vergnügt.

Wieder im Foyer stoßen sie auf den Stand der Kinderkommission des Bundestages. Michaela Noll (CDU/CSU), die Vorsitzende des Gremiums, erklärt ihnen, welche Rechte sie als Kinder und Jugendliche haben. Dass es die Kinderkommission gibt, wissen nur wenige. Zu wenige, findet die Abgeordnete. Deshalb sucht sie bewusst den Kontakt zu den Schülern. „Wenn ihr euch über etwas sehr ärgert, dann schreibt der Kinderkommission“, ermuntert sie die Klasse. Und damit sie auch wissen, wohin, bekommt jeder eine Tüte voll mit Informationsmaterial: Poster, Flyer, sogar ein Video über den Bundestag ist dabei. Max, Christopher und Lisa sind zufrieden mit dieser Ausbeute. Doch viel Zeit bleibt ihnen nicht, die Geschenke ausgiebig zu begutachten, denn schließlich wollen sie mit ihrer Klasse noch hoch hinaus – auf die Kuppel des Reichstagsgebäudes.

Text: Sandra Schmid

Fotos: Anke Jacob



Nächste Kindertage am 22.05., 18.09. und 4.12.

Nur für den Dezembertermin ist eine Anmeldung noch möglich:
Fax: (0 30) 22 7-3 00 27
besucherdienst@bundestag.de

Familienführungen (für Familien mit Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren) finden zudem samstags und sonntags, ggf. auch an Feiertagen, jew. um 10 Uhr statt. Auskünfte zu allen Angeboten des Besucherdienstes unter: (0 30) 2 27-3 21 52 o. 3 59 08

Politik heißt Detailarbeit.
Viele Bundestagsabgeordnete bearbeiten
ungewöhnliche Spezialgebiete.
Hier werden sie vorgestellt.

EXPERTEN



Wollen Sie das Hufeisen abschaffen, Frau Tackmann?

Bestimmt nicht, ein Hufeisen bringt schließlich Glück. Aber Pferde brauchen nicht immer einen Hufbeschlag. Er ist auch nicht immer gesundheitsfördernd – es hängt unter anderem von der Nutzung des Tieres ab. Wenn es nicht stark belastet wird, kann es auch „barfuß“ laufen. Deshalb gibt es neben den klassischen Hufschmieden auch Berufe der reinen Barhufbehandlung. Rund 1.000 Menschen in der Bundesrepublik sind darin ausgebildet und verdienen damit ihr Geld. Man kann sich das wie zwei unterschiedliche Schulen vorstellen: Barhufbehandler machen Hufbehandlung und -pflege, ohne dass sie Hufeisen aufbringen. Der Hufschmied trägt seine Berufsbezeichnung nicht umsonst. Er beschlägt die Tiere. Barhufbehandlung ist bei ihm eher die Ausnahme.

Nun tritt 2007 ein von der Koalition und der FDP befürwortetes Gesetz über die Reform hufbeschlagrechtlicher Regelungen in Kraft, das es künftig nur noch Hufschmieden erlaubt, Hufe zu bearbeiten. Es verpflichtet sie gleichzeitig, sich auch Fähigkeiten der Barhufbehandlung anzueignen, schafft aber de facto die Ausbildung für die reine Barhufbehandlung ab. Damit wird den bisher fachlich anerkannten Ausbildungsstätten die rechtliche Grundlage entzogen. Zugleich ist dies aus unserer Sicht eine eklatante Einschränkung der Berufswahlfreiheit für Hufbearbeiter und deren Ausbilder. Barhufbehandler müssten sich zum Hufschmied ausbilden lassen, wenn sie weiter arbeiten wollen, auch wenn sie nie vorhaben, einen Beschlag aufzubringen. Eine kleine Anfrage von mir und eine Sachver-

ständigenanhörung haben ergeben, dass es aus Sicht des Tierschutzes keinen Anlass für eine solche Neuregelung gibt. Unsachgemäße Hufbehandlung kommt vor, aber sehr selten und nicht nur bei Barhufbehandlern.

Meine Fraktion hat zwei Änderungsanträge zum Gesetzentwurf, der ein aus dem Jahr 1940 stammendes Gesetz reformieren sollte, eingebracht. Danach wäre zum einen der Berufszugang der Hufbearbeiter unreglementiert geblieben und Hufschmiede hätten zum anderen eine vertiefte Ausbildung in der Barhufbehandlung erhalten müssen. Letzterer Vorschlag ist aufgegriffen worden, der erste nicht. Das wird wahrscheinlich zu Verfassungsklagen führen, die viel Zeit brauchen und für die Ausbildungsstätten und die Barhufbehandler eine Katastrophe sind.

Kirsten Tackmann, Jahrgang 1960, Abgeordnete der Fraktion Die Linke., ist Veterinärmedizinerin und Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Foto: studio kohlmeier

LESER BRIEF

„Neue Liebe zum Kind?“ Streitgespräch 02-2006

Ich bin alleinerziehend mit einem Kind und verdiene 2.500 Euro brutto im Monat. Für mich wäre diese Steuerneuregelung schon mal eine gewaltige Erleichterung. Und ich bin sehr froh darüber, denn bisher war es immer so, dass Eltern wie ich – mit einem mittleren Einkommen – von gar keiner Regelung etwas hatten. Hingegen, die Mutter, die Herr Wunderlich als Beispiel anführt, die 2 Kinder hat und 1.500 Euro brutto verdient, braucht diese Regelung gar nicht, denn sie bekommt ohnehin einen großen Zuschuss vom Amt zu den Betreuungskosten. Also, kurzum, für uns „mittlere“ Verdienere ist es schon ein Fortschritt, über den ich persönlich mich freue.

Patricia Sonntag aus Erlangen
per E-Mail

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: Stefan Thomas
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion: Horst Willi Schors, Klemens Vogel
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin

Telefon: (030) 650 00-220,
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68,
Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Hans-Dieter Großjohann,
Daniel Kirschner

Online-Produktion: Christian Teubner

Produktion: Thomas Ahlrichs

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:

Anika Berendt
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Druck: Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,
Herzberg am Harz

Redaktionsschluss: 28. März 2006

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch
im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe
kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch
wird um Zusendung eines Belegexemplars
gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay
und Forum geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Deutscher Bundestag: S. 2 (oben), 3 (unten);
13 (links), 25 (unten), 26 (unten), 27 (unten),
28 (unten), 29 (unten), 34; Karl-Heinz Döring
(Grafiken): S. 25, 26, 28; Gesellschaft für
Anlagen- und Reaktorsicherheit: S. 33 (unten);
Anke Jacob: 11, 12, 13 (rechts), 35;
Photothek: S. 30–32; Picture-Alliance: S. 2
(unten), 3 (oben), 10, 24, 27 (oben), 28 (oben),
29 (oben), 33 (oben); Thomas Sternberg: S. 9
(oben); studio kohlmeier: Titelseite, S. 1, 4–8,
9 (unten), 14–23, 36.

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2006
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen
Bundestag im Rahmen der parlamentarischen
Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben.
Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeits-
arbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern
oder Wahlbewerbern – insbesondere zum
Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster
Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum
Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abon-
nement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein wei-
teres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf
schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Blickpunkt-Abo
Wassergasse 3
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer
schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der
Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per Rechnung Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abon-
nementpreises.

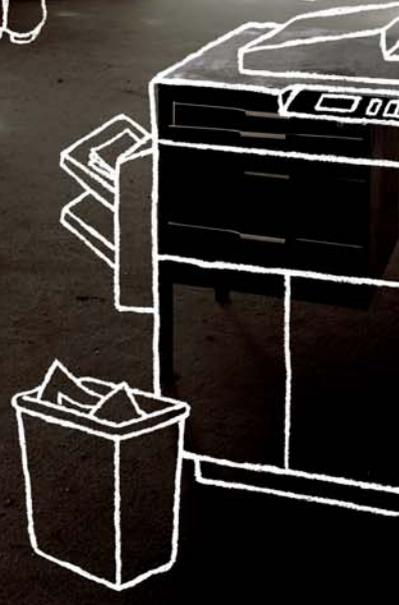
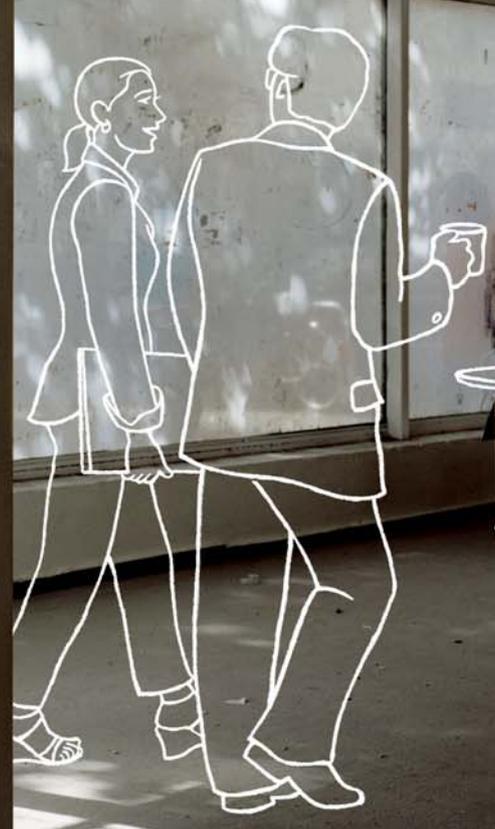
Datum/Unterschrift



wir sehen

ein neues Unternehmen, neue Jobs
und großes Potenzial.

Die Microsoft® Gründerinitiative hilft jungen deutschen High-Tech-Unternehmen beim Start in eine erfolgreiche Zukunft. Zusammen mit unseren Partnern aus Industrie, Politik und Wissenschaft sowie nationalen und regionalen Gründerinitiativen unterstützen wir mit Technologie, Schulung und Beratung. So fördern wir Mut und innovatives Denken, schaffen Arbeitsplätze und sorgen dafür, dass die Wirtschaft in Deutschland weiter wächst. Erfahren Sie mehr unter www.microsoft.com/germany/potenzial



Ihr Potenzial. Unser Antrieb.

Microsoft®